

Die Arbeiterzeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

So mordet die SA!

Die Bluttat von Potempa vor Gericht – Jämmerliche Lügen der Angeklagten – Heines dirigiert – Richter und Staatsanwalt passiv

Nachdem in der vergangenen Woche eine Reihe von Sondergerichtsprozessen gegen kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter mit aller Härte durchgeführt worden sind, begann am Freitag Morgen endlich auch ein Sondergerichtsprozess gegen Nationalsozialisten. Vor dem Sondergericht in Beuthen haben sich neun Nationalsozialisten zu verantworten, die den vielschichtigen Mord an dem Arbeiter Pieterzuch in Potempa begangen haben.

Der Schwurgerichtssaal, in dem die Verhandlung stattfindet, ist überfüllt. Am Pressetisch sitzen neben zahlreichen Journalisten aus dem ganzen Reich auch eine Reihe von SA- und SS-Führern, die sich als Pressevertreter für nationalsozialistische Blätter ausgeben haben. Unter ihnen

bemerkt man den Führer der schlesischen SA, Fememörder Heines, der die Angeklagten mit Händedruck und Hitlergruß willkommen heißt.

Während der ganzen Verhandlung besteht eine ständige Verbindung zwischen den Angeklagten und den SA-Führern am Pressetisch und in den ersten Zuhörerreihen. Es werden Zeichen hinüber und herübergegeben, so daß man ohne Übertreibung sagen kann, daß die Angeklagten vor Gericht unter Aufsicht und steter Anleitung ihrer Parteiführung stehen.

Es ist das nicht die einzige Handlung weitgehender Fürsorge, die seitens der NSDAP gegenüber den Angeklagten zu verzeichnen ist. Die Partei hat zwei Anwälte gestellt, darunter einen der bekanntesten und teuersten nationalsozialistischen Verteidiger, den Rechtsanwalt Luetgebrune.

Man muß feststellen, daß der Vorsitzende, ein schon alter Herr, der Aufgabe dieser Prozessführung nicht gewachsen ist. Im Sondergerichtsprozess, in dem die Klärung des Falles im Ermittlungsverfahren nur sehr ungenügend erfolgt, hat der Vorsitzende gleichzeitig die Funktionen eines Untersuchungsrichters zu erfüllen. Dieser Vorsitzende ist dazu ganz und gar ungeeignet, er beschränkt sich auf die notdürftigsten Fragen und

tut nichts, um den Angeklagten ihre Widersprüche nachzuweisen und ihre Ausreden zu widerlegen.

Auch der Staatsanwalt verhält sich, wie besonders im Bericht des „Berliner Tageblattes“ eindringlich festgestellt wird, außerordentlich passiv und trägt wenig zur Ermittlung der Wahrheit bei. Das Gericht tut bisher objektiv alles, um den Angeklagten ihre Situation soweit wie möglich zu erleichtern.

Wenn es nach Recht und Gerechtigkeit zugehe, dann müßten die Angeklagten zu den schwersten Strafen verurteilt werden – und sie müßten allerdings diese Strafen auch abüßen! Denn selten lag ein Fall politischen Mordes so eindeutig klar wie hier beim Mord von Potempa. Die Nationalsozialisten sind in der Nacht auf einem Auto zuerst zu der Wohnung eines Ehepaars Schwinge gefahren; dort ist eine Mordtat nur durch die Geistesgegenwart der Frau verhindert worden.

Schwinge erklärte als Zeuge, daß er zwar nicht eingeschriebenes Mitglied der KPD sei, aber mit dieser sympathisiere. Etwa gegen 1/2 Uhr nachts seien einige Leute vor seiner Wohnung erschienen und hätten an das Fenster geklopft mit den Rufen „Florian, komm raus“. Seine Frau habe gefragt: Wer ist denn dort? Darauf sei die Antwort gekommen: „Sylveater“. Seine Frau habe genau nachgesehen, sie habe aber niemand bemerkt und habe daraufhin die Leute aufgefordert, sich doch zu zeigen, da sie der Stimme nach glaube, daß es sich um den inzwischen flüchtig gewordenen Fleischer Kolombek handle, den sie genau kannte. Sie befürchtete,

daß ihrem Manne etwas geschehen könne, weil Kolombek diesem

wiederholt mit dem Erschießen gedroht habe. Auch der Gemeindevorsteher Lachmann habe wiederholt geküßelt, daß Schwinge eines schönen Tages erschossen und dann an die große Linde gehängt werde. Die Ehefrau des Schwinge machte im wesentlichen dieselben Bekundungen. Wie ihr Mann betonte sie ausdrücklich, daß sie auf die Uhr gesehen habe, und daß es genau 1 1/2 Uhr gewesen sei.

Diese genaue Zeitangabe, die im weiteren Verlauf des Prozesses durch den Bruder des Ermordeten bestätigt wird, ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil die Terrornotverordnung mit ihren verschärfenden Strafbestimmungen erst um Mitternacht in Kraft getreten ist. Der nationalsozialistische Anwalt Luetgebrune versuchte daher krampfhaft, den Beweis zu führen, daß die Tat sich vor Mitternacht zugetragen habe. Dieser Versuch ist an den verschiedenen Zeugnisaussagen glatt gescheitert.

Vom Hause des Schwinge führen die Nationalsozialisten weiter zum Nebenhause, in dem die Witwe Pieterzuch mit ihren beiden Söhnen wohnte. Ueber das, was sich dann ereignete, sagte der Grubenarbeiter Alfons Pieterzuch, der Bruder des Ermordeten, folgendes aus:

„Als ich aufwachte, standen plötzlich zwei Männer vor unserem Bett und riefen: „Hände hoch, Konrad raus!“ Darauf ergriffen die Männer meinen Bruder an den Füßen und zerrten ihn aus dem Bett. Ich selbst erhielt darauf einen Schlag auf den Kopf und kehrte mich gegen die Wand. Die Leute riefen dann:

„Ihr verfluchten polnischen Kommunisten, Euch muß es an den Krögen gehen!“

Ich habe selbst nicht gesehen, daß mein Bruder geschlagen wurde, habe aber gehört, daß auf ihn eine ganze Reihe von Schlägen niedersauste. Daraufhin ließen die Leute von meinem Bruder ab und verlangten von mir, daß ich mich mit dem Gesicht gegen die Mauer stelle. Ich folgte der Aufforderung. Inzwischen war mein Bruder nach der nahegelegenden Kammer geflohen. Einer der Eindringlinge, den ich nicht erkannt habe, gab darauf durch die halboffene Kammertür einen Schuß ab nach der Kammer, nachdem er mit der Taschenlampe hineingeleuchtet hatte. Darauf liefen die Eindringlinge weg, von denen ich zuerst zwei und dann noch zwei weitere sah. Darauf hörte ich meinen Bruder noch einige Minuten röheln. Ich selbst aber konnte mich nicht um ihn kümmern, da ich aus Angst auf den Boden floh. Wenige Minuten darauf hörte ich ein Auto wegfahren. Ich kann genau sagen, daß die Mißhandlungen an meinem Bruder eine halbe Stunde, und zwar von 1 1/2 bis 2 Uhr, gedauert haben.“

Gegenüber diesem klaren Tatbestand zeigen die Angeklagten das Bestreben, sich durch die lächerlichsten Ausreden reinzuwaschen. Von deutschem Mannesmut, der ja bei den Nationalsozialisten eigentlich vorhanden sein müßte, ist hier wahrlich nichts zu merken. Keiner der Angeklagten will vorher gewußt haben, wozu die Autofahrt unternommen wurde, jeder schiebt die Schuld auf einen Unbekannten oder auf einen Mann namens Kolombek, der nicht gefaßt werden konnte. Außerdem wollen sie natürlich alle betrunken gewesen sein, und einer der Angeklagten geht in seiner Frechheit

soweit, zu erklären, wahrscheinlich seien die beiden Brüder Pieterzuch, also der Ermordete und sein Bruder aneinandergeraten und dabei sei der eine von dem anderen ermordet worden! Auf die Frage des Vorsitzenden, was sie sich denn gedacht hätten, als sie schwer bewaffnet nachts loszogen und in die Wohnung schlafender Menschen eindringen, geben die Angeklagten zur Antwort, sie seien durch Alkoholgenuß benommen gewesen und hätten nicht gewußt, was sie täten.

Charakteristisch für das Verhalten der Angeklagten ist die Aussage des angeklagten Müller, der besonders schwer belastet ist. Er gab seine Zugehörigkeit zur SA als Oberscharführer zu, lehnte aber für die nächtliche Aktion in Potempa jede Verantwortung ab. Er

habe sich seit Tagen so krank gefühlt, daß er ziemlich teilnahmslos allen Vorgängen gegenüber gewesen sei

und daher auch bei dem Eindringen in das Pieterzuchsche Gehöft weit zurückgeblieben und gerade noch an den Tatort gekommen sei, als der ganze Vorfall schon zu Ende war. Er bestritt, eine Waffe bei sich gehabt zu haben. Diese Aussagen Müllers stehen im Gegensatz zu früheren Aussagen einiger Mitangeklagter. Der Vorsitzende stellt nun erneute Fragen, und darauf schwächen einige Mitangeklagte ihre früheren Müller schwer belastenden Aussagen erheblich ab! Ganz ähnlich vollzieht sich die Vernehmung der übrigen Angeklagten.

Anstifter der Mordtat war offensichtlich der nationalsozialistische Gastwirt und Gemeindevorsteher von Potempa, Lachmann. In seinem Gasthaus zechten die SA-Leute, ehe sie auszogen, um Pieterzuch zu ermorden. Er hat die SA-Leute von außerhalb zu dieser Mordtat herbeigeholt, und hiermit mag neben dem politischen Gegensatz zu dem kommunistischen Arbeiter Pieterzuch auch seine persönliche Feindschaft mitgesprochen haben. Trotzdem bleibt die ganze Tat ein Teil, ein sehr bezeichnendes Beispiel des nationalsozialistischen Mordterrors – geradezu

ein Musterfall für die Gesinnung, die in den Reihen der SA herrscht und von den obersten Führern, so von dem Fememörder Heines, nur zu gern gesehen und gefördert wird.

Natürlich redet sich auch Lachmann in der feigsten Weise heraus. Er erklärt, er habe von der ganzen Sache nichts gewußt. Bis zum Eintreffen der SA-Leute in seiner Gastwirtschaft habe er gezecht und sei dann um 11 Uhr nachts so schwer betrunken gewesen, daß er von nichts etwas gewußt habe. Diese Aussage ist sogar schon durch die Aussagen der anderen Angeklagten widerlegt.

Unter den ersten Zeugen wird die Mutter des Ermordeten, eine 69 Jahre alte Witwe,

vernommen. Unter Zuhilfenahme eines Dolmetschers bekundet sie, daß sie die Rufe „Hände hoch, Konrad raus“, vernommen habe. Sie habe dann in dem Schein der hin und wieder auftauchenden Taschenlampen gesehen, wie die Leute den einen Sohn aus dem Bett gezogen und dem anderen einen Schlag über den Kopf gegeben hätten.

Es ist sehr zu bedauern, daß nicht die Mutter des Ermordeten oder der Bruder als Nebenkläger auftreten, wodurch einem geschickten Anwalt die Möglichkeit gegeben wäre, manches zur Ermittlung der wahren Vorgänge und vor allem der tieferen Zusammenhänge der Tat beizutragen. Unter den gegebenen Umständen, bei diesem Vorsitzenden und diesem Staatsanwalt und bei dem aktiven Verhalten der nationalsozialistischen Verteidiger und SA-Führer, kann man schon jetzt voraussagen, daß dieser Prozeß über die bereits vorhandene eindeutige Klarheit des nackten Tatbestandes hinaus keine weitreichende Klärung bringen wird.

Kommunistenverfolgung In aller Welt

CNB, Warschau, 18. August.

Das Ständergericht Grodno hat zwei Schüler des jüdischen Gymnasiums in Grodno wegen Zugehörigkeit zur verbotenen kommunistischen Partei Weisfußlands zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Chinesisches Schreckensurteil gegen Kommunisten

Schanghai, 19. August.

Nach fünfzehnmönatiger Untersuchung sind zwei Europäer, Paul Noulens und seine Frau, die sich als schweizerische Staatsangehörige bezeichnen, wegen kommunistischer Propaganda zum Tode verurteilt worden. Die Strafe wurde auf Grund der allgemeinen Amnestie sofort in lebenslängliche Einkerkerung umgewandelt.

Unerhörte Zuchthausstrafen

Lötzen, 19. August.

Das Lötzener Sondergericht verurteilte heute die wegen politischer Gewalttaten Angeklagten Heinrich Hausmann zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus, Bruno Serocka und Fritz Paninka zu je anderthalb Jahren Zuchthaus

und Bruno Klummeck unter Zubilligung mildernder Umstände zu zehn Monaten Gefängnis, sämtlich wegen schweren Landfriedensbruchs. Den drei ersten Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre abgesprochen. Die Verurteilten, die der KPD angehören, sollen vor zwei Monaten in der Boyenstraße in Lötzen einen nationalsozialistischen Umzug überfallen haben.

Landfriedensbruchprozeß gegen Kommunisten

Halle, 19. August.

Die Große Ferienstrafkammer verurteilte heute gegen 24 Kommunisten aus dem Mansfelder Lande, die unter der Anklage des Landfriedensbruchs standen. Der Führer der genannten 24 Kommunisten, die als erste heute zur Aburteilung kamen, entflohen aus der Untersuchungshaft und ist bis heute verschwunden. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, 3 zu 6 Monaten, 14 zu 3 und 4 zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beschuldigten hatten am 25. Juni einen Nachtmarsch in Richtung auf das Dorf Hedersleben veranstaltet, das als Hochburg des Stahlhelm gilt. Es kam zu Zusammenstößen, die jedoch von der Landjägerrei beendet werden konnten. 114 Kommunisten wurden festgenommen, wobei Stöcke, Knüttel und eine ganze Anzahl kleinerer Waffen beschlagnahmt wurden.

Metallarbeiterverbandstag

Am Montag, den 22. August, tritt in Dortmund die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) zusammen. Der DMV, als die größte deutsche Gewerkschaft, hat auch jetzt wieder, genau wie bei seinem Verbandstag im August 1930, das „Glick“, daß seine Tagung in eine politisch hochgespannte, aber sehr ungeladene Situation fällt. Tagte der DMV 1930 kurz nach der Auflösung des Reichstages durch Brüning und unmittelbar vor den Septemberwahlen, so fällt die jetzige Tagung in eine Zeit, wo noch völlig unklar ist, wie morgen die Regierung aussieht, ob noch auf den Methoden der Papen-Diktatur oder der faschistischen Diktatur mit Hitler an der Spitze in den nächsten Wochen und Monaten geteilt wird. Jedenfalls aber — und darüber gibt es keine Unklarheit — herrscht die denkbar schlimmste Diktatur gegen die Arbeiterklasse, ist das Parlament völlig ausgeschaltet. Heute erweist sich jede reformistische Spekulation auf die Demokratie und die Hilfe des Parlaments selbst für den primärsten und gulgläubigsten Arbeiter als eine betrugliche Illusion.

Es fehlte auf dem letzten Verbandstag gewiß nicht an Stimmen, die die jetzige Situation voraussagten. Die damalige Opposition, wenn auch nur durch wenige Delegierte vertreten, hat mit aller Schärfe den reformistischen, politisch nur auf demokratisch-parlamentarischer Befähigung eingesetzten Kurs der Verbandsleitung kritisiert und aufgezeigt, daß, wenn die Arbeiterklasse nicht völlig verenden und hilflos dem Faschismus ausgeliefert werden soll, der Kurs in den Gewerkschaften und auch im Metallarbeiterverband radikal umgestellt und die Linie des revolutionären außerparlamentarischen Klassenkampfes beschränkt werden muß. Die Verbandsleitung wie auch die reformistische Verbandsmehrheit lehnte das als „ultrapolitische Revolutionsromantik“ ab. Sie hat den damaligen Verbandstag ganz auf die Erfolgsmöglichkeiten des Stimmzettels, der Propaganda für die SPD bei der Reichstagswahl eingestellt. Wie grausam inzwischen diese Illusionen durch die harte Wirklichkeit zerstört wurden, wie die Nazis schon damals von 12 auf 106 und bei der jetzigen Reichstagswahl auf 230 Abgeordnete angewachsen sind und neben der Vernichtung der ganzen bürgerlichen Mittelparteien die SPD auch parlamentarisch rund ein Viertel ihres Einflusses verloren hat, wie die Erwerbslosenanzahl von 1½ auf 7 Millionen gestiegen ist, die Löhne und Arbeitslosenunterstützungssätze um rund die Hälfte gekürzt bzw. zu einem Teil ganz beseitigt wurden, brauchen wir hier nicht im einzelnen zu schildern. Die Kritik, die Mahnungen und die Vorschläge der Opposition wurden durch die inzwischen eingetretene Entwicklung als vollkommen richtig und notwendig bestätigt.

Hat daraus die reformistische Führung, die Leitung des DMV im besonderen, wenigstens jetzt gelernt? Leider liegen dafür keine Anzeichen vor und — um es vorweg zu sagen — es sind leider auch die Hoffnungen nicht berechtigt, daß auf dem jetzigen Verbandstag die notwendigen Lehren gezogen werden. Die Zusammensetzung des jetzigen Verbandstages ist etwa dieselbe wie 1930. Infolge der Verschlechterung des Wahlrechts für die Verbandsdelegierten, der fast völligen Ausschaltung der Urabstimmung und nicht zuletzt durch die unsmünige gewerkschaftliche RGO-Politik der KPD hat auch diesmal die SPD-Fraktion eine 97-prozentige Mehrheit. Von den ca. 300 Delegierten hat die KPD nicht einen einzigen Vertreter, die Opposition wahrscheinlich 10 Delegierte, die sich auf 4 SAP (Breslau) und 6 KPO-Genossen (Stuttgart, Suhl und Halle) verteilen.

Es ist zwar anzunehmen, daß unter dem furchtbaren Druck der faschistischen Kapitaldiktatur nicht nur SAP- und KPO-Genossen, sondern auch sozialdemokratische Arbeiterdelegierte Kritik üben und Vorschläge in der Richtung des revolutionären Klassenkampfes machen werden. Dafür spricht neben anderem auch die außergewöhnlich große Zahl von sehr kritischen Anträgen, die nicht nur von als oppositionell bekannten, sondern auch von ganz sozialdemokratisch beherrschten Verwaltungsstellen an den Verbandstag gerichtet wurden. Ein sehr großer Teil dieser Anträge verlangt eine Aenderung der Taktik, vor allem, daß endlich dem seit Jahren andauernden Lohnabbau Widerstand geleistet wird. Eine noch größere Anzahl von Anträgen, die sich mit dem Status beschäftigt, verlangen in ihrer Mehrheit die Herabsetzung der Beiträge und — der Gehälter der Verbandsangestellten. Herabsetzung der Beiträge deshalb, weil auch die aktivsten und opferbereitesten Kollegen durch die maßlose Kürzung des Einkommens beim besten Willen nicht mehr in der Lage sind, die bisherigen Beiträge zu bezahlen. Die ungeheure Not der großen Masse der Mitglieder ist es auch, die in unzähligen Mitgliederversammlungen die Anträge auf Herabsetzung der Verbandsgehälter verursacht. Selbst dieser Verbandstag mit seiner großen sozialdemokratischen Mehrheit wird es wohl kaum wegen können, diese Anträge völlig zu ignorieren.

Die entscheidende Frage aber auch auf diesem Verbandstag wird sein, welcher Kurs in Zukunft im DMV gesteuert werden soll. Darüber wird beim Hauptpunkt der Tagesordnung, beim Bericht des Vorstandes gesprochen und entschieden werden. Der Vorstand hat auch zum diesmaligen Verbandstag wieder den gedruckten Jahresbericht, in diesem Falle vom Jahre 1931, vorgelegt. Es sind erschreckende Zahlen, die dort zur Beurteilung der Lage in der Metallindustrie mitgeteilt werden.

Hier nur einige Beispiele:

Ernstere Gegensätze in der NSDAP?

Graf Reventlow als Führer eines sozialistischen Flügels?

Der linksdemokratische „Dortmunder General-Anzeiger“, ein im allgemeinen gut unterrichtetes Blatt, bringt eine aufsehenerregende Meldung seiner Berliner Schriftleitung über „Ernstliche Spaltungszurechnungen in der NSDAP“. Danach ist zwischen der Leitung der NSDAP und dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow ein ernsthafter Konflikt ausgebrochen, der unter Umständen dazu führen kann, daß der innere Gegensatz, der innerhalb der NSDAP zwischen den Verfechtern des Kapitalismus und den „Sozialisten“ besteht, zum offenen Ausbruch kommt.

Reventlow war kürzlich in seiner Zeitung „Der Reichswart“ für die Verstaatlichung der Großbanken und der Schwerindustrie eingetreten. Als seine Ausführungen ein stärkeres Echo fanden, forderte die Parteileitung Reventlow zu einer öffentlichen Erklärung auf, daß es sich nur um eine Privatarbeit handle und daß seine Forderungen nichts zu tun hätten mit ähnlich lautenden Programmpunkten marxistischer Parteien. Graf Reventlow hat dieses Ansinnen abgelehnt. Er weist darauf hin,

daß mindestens 100 Fraktionskollegen mit seinen Forderungen übereinstimmen

und daß ein weiterer Teil der nationalsozialistischen Abgeordneten sicherlich gezwungenermaßen ebenfalls bestimmen würde. Zum ersten Male sei jetzt eine verfassungsändernde Mehrheit für die Durchbringung sozialistischer Forderungen vorhanden.

Schließlich erklärt Reventlow, daß er und seine Freunde für die entsprechenden sozialdemokratischen Anträge im Reichstag stimmen würden, denn es sei gleichgültig, von welcher Seite aus der Sozialismus ins Rollen gebracht würde, es käme nur darauf an, daß ganze Arbeit geleistet würde, und die Anträge der SPD seien eine brauchbare Grundlage hierzu“.

Soweit die Mitteilungen des „Dortmunder General-Anzeiger“. Graf Reventlow, der in der Vorkriegs- und Kriegszeit als einer der bekanntesten Wortführer der Alldeutschen hervorgetreten ist, muß als eine Art Außenseiter im Lager der Nationalsozialisten betrachtet werden. Selbst wenn er konsequent bei seiner jetzt geäußerten Auffassung bleiben würde, scheint es uns daher zweifelhaft, ob wirklich ein beträchtlicher Teil der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion seinen Parolen folgen würde. Auch frühere ähnliche Rebellionen im Nazilager, wie etwa die von Otto Strasser, haben bekanntlich nicht zu irgendwelchen wesentlichen Abspaltungen geführt. Es wird daher angebracht sein, diese Vorgänge im Nazilager zwar mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen, aber keine übertriebenen Erwartungen in bezug auf eine baldige Zersetzung der nationalsozialistischen Bewegung zu hegen.

Die Gärung in der Kölner SA

Wir berichteten gestern, daß in Köln ein SA-Sturm mit sofortiger Wirkung durch die SA-Leitung aufgelöst worden ist. Neuere Pressemeldungen besagen, daß die Gärung in der gesamten SA in Köln immer weiter um sich greift. Vor der Wahl sei der SA in Geheimbefehlen wiederholt mitgeteilt worden, sie würde demnächst zu einem großen Schläge eingesetzt werden. Auch sonst hatte man ihnen versprochen, daß sie als Hilfspolizisten eingestellt würden. Infolge der politischen Entwicklung herrscht nun bei den SA-Leuten in Köln — und ähnlich auch an anderen Orten — große Enttäuschung und Erbitterung gegen die Führer.

In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, daß der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ meldet, die Nationalsozialisten Schneider und Cremer seien „wegen unverantwortlichen Leichtsinns“ aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Ausschluß steht in Verbindung mit der Ermordung eines SA-Mannes Raskin bei Aachen. Der „West-

Die Roheisenerzeugung ging in Deutschland von 13,4 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 6,1 Millionen im Jahre 1931 und die Rohstahlgewinnung von 16,2 Millionen auf 8,3 Millionen Tonnen zurück. Im Maschinenbau wird die Kapazität der Betriebe heute nur zu einem Drittel ausgenutzt. Von der gegenüber dem Stand des Jahres 1930 um 25% verringerten Belegschaft der Maschinenbaubetriebe standen am Schluß des Berichtsjahres 80 Prozent aller Arbeiter in Kurzarbeit. Noch schlimmer ist das Bild, wenn man einzelne Spezialzweige herausgreift. So ist z. B. die Lokomotivindustrie nur zu einem Dreißigstel ihrer Kapazität beschäftigt, bei der Waggonindustrie steht es nicht viel besser. Die Autoindustrie ist auf ein Fünftel ihrer Produktion von 1929 zurückgegangen.

Im Jahresdurchschnitt 1931 waren 33,4% der Mitglieder völlig arbeitslos, 29,3% in Kurzarbeit und nur 37,3% waren voll beschäftigt. Daß die Entwicklung in diesem Jahre noch weiter nach unten ging und daher noch erschreckendere Zahlen in dieser Hinsicht aufweist, ist bekannt.

Es ist, zumal bei der reformistischen Politik der Verbandsleitung, unter diesen Umständen erklärlich, daß der Verband einen erheblichen Mitgliederverlust zu verzeichnen hat. Der DMV verlor im Jahre 1931

deutsche Beobachter“ hatte in großer Aufmerksamkeit gebracht. Raskin sei das Opfer verlorener Markisten geworden. Die amtliche Untersuchung hat aber einwandfrei ergeben, daß er von seinem Parteigenossen Martin erschossen wurde, und dieser Martin war mit Schneider und Cremer eng befreundet.

Pollzei darf mißhandeln

In Braunschweig waren kürzlich in der Siedlung Bebelhof 84 Reichsbannerleute auf Grund einer nationalsozialistischen Denunziation festgenommen und mehrere Tage in Haft behalten worden. Bei dieser Festnahme erfuhr die Reichsbannerleute grobe Mißhandlungen durch junge, vorwiegend nationalsozialistische Polizeibeamte. Obwohl keiner der Festgenommenen irgendwelche Mißstände zum Widerstand machte, waren sie gezwungen worden, wie Schwerverbrecher beide Hände hoch zu halten und sich in strammer Haltung mit dem Gesicht zur Wand aufzustellen. Hinter ihnen standen die Beamten mit geladenen Pistolen im Anschlag, und zwar auf ausdrücklichen Befehl des Offiziers. Auch auf dem Transport richteten die Polizeibeamten ihre Waffen auf die Festgenommenen. In der Polizeiuferkunft wurden die Reichsbannerleute mit Worten beleidigt, von denen das „Berliner Tageblatt“ erklärt, sie wären so unfähig, daß man sie nicht wiedergeben könne.

Das Reichsbanner hatte daraufhin eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht und angemessene Bestrafung der schuldigen Beamten gefordert. Diese Beschwerde ist jetzt von dem nationalsozialistischen Polizeikommandeur mit der kurzen Bemerkung abgelehnt worden, daß die angestellten Ermittlungen keinen Anlaß zum Vorgehen gegen die Beamten geboten hätten!

Zuchthausanträge im Ohlauer Prozeß

Nach Redaktionsschluß gehen uns folgende Strafanträge im Ohlauer Prozeß zu:

Staatsanwaltschaftsrat Haude erklärt zunächst, daß die Staatsanwaltschaft nicht mehr wie bei Erhebung der Anklage Landfriedensbruch als fortgesetzte Handlung, sondern eine selbständige abgeschlossene Handlung für erwiesen halte.

Er beschloß sich mit der Teilnahme der einzelnen Angeklagten und beantragte gegen die Hauptangeklagten folgende Strafen:

Gegen Gewerkschaftssekretär und Kreisleiter des Reichsbanners Durniak wegen Landfriedensbruch, Waffenmißbrauch und schweren Aufruhr 4 Jahre Zuchthaus.

Gegen den Ortsgruppenleiter des Reichsbanners wegen derselben Straftaten 6 Jahre Zuchthaus.

Gegen den Angeklagten Vanin (Vater) 5 Jahre Zuchthaus.

Gegen SPD-Stadtrat Manche wegen schweren Landfriedensbruch und Raufhändel 4 Jahre Zuchthaus.

Gegen Gewerkschaftssekretär Strulike wegen einfachen Landfriedensbruch und Aufruhr 2 Jahre Zuchthaus.

Die übrigen beantragten Strafen wegen Landfriedensbruch bewegen sich zwischen 4 bis 2 Jahre Gefängnis. In 6 Fällen wurde Freispruch beantragt.

Bundesrat lehnt ab

WTD. Wien, 19. August.

Der Bundesrat hat mit 27 gegen 22 Stimmen gegen das lausanner Protokoll Einspruch erhoben. Das Protokoll muß nunmehr an den Nationalrat zurückgehen.

Der ehemalige Bundeskanzler und Polizeipräsident Dr. Schöberl ist heute Abend um 22 Uhr gestorben.

Regierung Papen geschäftsführendes Kabinett?

Reichskanzler Papen erklärte bekanntlich dieser Tage in einem Interview, sein Kabinett werde noch lange im Amte bleiben. Aus parlamentarischen Kreisen des neuen Reichstages wird hierzu erklärt, die Absicht des Kabinetts Papen laufe wohl darauf hinaus, nach der kaum zu bezweifelnden Annahme eines Mißtrauensvotums als geschäftsführende Regierung im Amte zu bleiben. Der Reichspräsident könne es dann als die Hauptaufgabe des Reichstages erklären, eine arbeitsfähige Regierung, also eine solche, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen könne, zu bilden. Solange der Reichstag sich hierzu nicht imstande zeige, habe der Reichspräsident die Möglichkeit, auch bei Annahme eines Mißtrauensvotums die Regierung Papen als Regierung seines Vertrauens mit der geschäftsführenden Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte solange zu betrauen, bis ein Mehrheitskabinett zustande gekommen sei. Unter Umständen könne auf diese Weise das Kabinett Papen während der ganzen Dauer der Legislaturperiode dieses Reichstages, also 4 Jahre hindurch, im Amte bleiben, falls nicht nach einer eventuellen Verständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen sich auch im Reich entsprechende Möglichkeiten ergeben.

Die Regierung rechtfertigt die Naziputschisten

CNB. Berlin, 19. August.

Major a. D. von Stephani hat gestern in dem Berliner Organ des „Stahlhelm“ Mitteilungen über einen angeblich geplant gewesen Putsch der National-

sozialisten veröffentlicht, die heute auch in anderen Berliner Zeitungen erörtert worden sind. Dazu erfahren wir von zuständiger Stelle, daß den Behauptungen des Majors v. Stephani von den zuständigen preussischen und Reichsstellen nachgegangen worden ist, ohne daß sich Beweise für die Richtigkeit der Darstellungen von Stephani ergaben. Von unterrichteter Seite wird davor gewarnt, Meldungen der Nachrichtensstellen der Verbände, wie der Nationalsozialisten, des Stahlhelms, des Reichsbanners usw., besondere Glaubwürdigkeit zuzumessen. Da sich die Verbände feindlich gegenüberstehen, seien die von ihnen ausgehenden Meldungen gewöhnlich von Liebe oder Haß diktiert und derartig zu bewerten. In den unruhigen Zeiten vor den Wahlen seien solche Meldungen in Masse in die Öffentlichkeit gegangen, ohne daß sich die geringste der darin behaupteten Dinge als wahr hätte nachweisen lassen. Den konkreten Behauptungen des Majors v. Stephani werde von den preussischen zuständigen Stellen übrigens noch weiter nachgegangen.

Parlamentarische Opposition der SPD

VDZ. Berlin, 19. August.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ zu der heutigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion berichtet, hat die Fraktion beschlossen, sofort einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett von Papen einzubringen. Ein besonderer anderer Antrag verlangt, daß durch Reichstagsbeschluss sämtliche Notverordnungen aufgehoben werden, die die Regierung von Papen erlassen hat.

über schweigt der Bericht aus verständlichen Gründen.

Es wird Aufgabe der Opposition sein, gerade hier das Notwendige nachzuholen. Es gilt auf dem Verbandstag nicht nur den Beweis zu erbringen, daß ohne eine Aenderung der Taktik im Sinne des revolutionären Klassenkampfes der Faschismus in kürzester Frist siegen und damit auch der DMV vor seiner Vernichtung stehen wird, sondern die Opposition muß und wird auch die einzig möglichen und gangbaren Wege für den Kampf aufzeigen, der aus der jetzigen Situation heraus zum Sieg der Arbeiterklasse führt. Sie wird den Verbandstag zwingen, ganz konkret zu den jetzt unmittelbar drohenden Gefahren der Zerschlagung des Tarifrechtes, der Einführung der Arbeitsdienstpflicht und der damit verbundenen Vernichtung der Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Nur wenn es gelingt, die nurgewerkschaftlichen Bewegungen und Kämpfe in politische außerparlamentarische Massenaktionen überzuführen, wenn es gelingt, der Kapitaldiktatur und dem Faschismus den einheitlichen Arbeiterblock unter Einsatz der ganzen gewerkschaftlichen Machtmittel, besonders der des stärksten Verbandes, des DMV, entgegenzusetzen, ist ein Erfolg der Arbeiterklasse möglich.

Der Geist der SA und SS

Fünfter Verhandlungstag in Ohlau — Weitere Entlastung von Angeklagten — Die Schuld der SA eindeutig erwiesen

(Von unserem nach Brigg entsandten Berichterstatter.)

Mit den Zeugenvernehmungen, die am Freitag Vormittag durchgeführt wurden, ist der erste Abschnitt der Sondergerichtsverhandlungen im Ohlauer Aufnahmeprozess beendet.

Die zahlreichen Zeugenvernehmungen dieses Prozesses haben die ganz besondere Problematik der Zeugenaussage in politischen Prozessen von Neuem erwiesen. Sind schon sonst Zeugenaussagen mit allergrößter Vorsicht zu bewerten, so sind Tatzeugen bei politischen Auseinandersetzungen, die der einen oder anderen Partei nahestehen oder angehören, geradezu nicht als normale Zeugen zu betrachten.

Ihre Aussagen werden stets bewußt oder auch unbewußt gefärbt sein.

Ganz besonders muß dieser Umstand betont werden im Falle des Ohlauer Prozesses, da hier als Belastungszeugen fast ausschließlich Mitglieder oder Sympathisierende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei aufgetreten sind. Selbst bei bestem Willen dieser Zeugen zur Objektivität, der füglich bezweifelt werden darf, muß in Rechnung gestellt werden, daß gerade die nationalsozialistische Presse in skrupelloser Weise — in trautem Verein mit den übrigen Zeitungen der Rechten — vom Beginn der Voruntersuchung an ihre Leser geradezu maßlos gegen die Angeklagten verhetzt hat.

Schon am 11. Juli, also einen Tag nach den Zusammenstößen in Ohlau, hatte die „Schlesische Zeitung“ und mit ihr die gesamte Rechtspresse behauptet, daß die Ohlauer Vorfälle eine Folge der „skrupellosen marxistischen Fietze“ seien. Aus den bisherigen Verhandlungen hat sich demgegenüber ein ganz anderes Bild ergeben. Die Kette von Zusammenstößen, die sich in Ohlau an dem fraglichen Sonntag abgespielt haben, ist nicht durch marxistische Verhetzung, sondern durch die rücksichtslose Brutalität der SA-Leute ausgelöst worden.

Wie schon an den vorhergehenden Verhandlungstagen ist wieder am Freitag Vormittag ausgeht worden, daß

der erste Zusammenstoß durch einen nationalsozialistischen Motorradfahrer ausgelöst worden ist, der, ohne daß ihn jemand beleidigt oder angegriffen hätte, einen Arbeiter ins Gesicht schlug.

Dieser Umstand ist, wie es erscheinen will, für die moralische Schuldfrage von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist zu erwarten, daß er in der gerichtlichen Beurteilung der Vorgänge gebührend beachtet wird.

Ferner ist zweifelsohne durch den Verlauf des ersten Teils der Verhandlungen eine erhebliche Entlastung einer größeren Zahl von Angeklagten herbeigeführt worden. So ist erwiesen, daß der „rote“ Stadtrat Manche, der sofort nach Bekanntwerden der Ohlauer Zusammenstöße von der „Schlesischen Zeitung“ zum Rädelführer gestempelt worden war, ganz sicher nicht die Reichsbannerleute geführt haben kann, da er ohne jede Begleitung von den SA-Leuten betroffen verfolgt und niedergeschlagen worden ist.

Von einer anderen Gruppe von Angeklagten hat sich ergeben, daß sie überhaupt nicht an den Zusammenstößen beteiligt gewesen sind, in von einigen sogar, daß sie gar nicht in Ohlau in der fraglichen Zeit gewesen sind. Während dergestalt die Schuld der Reichsbannerleute im Zusammenhang mit der gesamten Lage und Atmosphäre in Ohlau immer geringer erscheint, mutet es um so sonderbarer an,

daß die Untersuchungsbehörde auch nicht einen Nationalsozialisten für tatverdächtig gehalten hat. Allein aus den von einzelnen SA-Leuten unter Eid gemachten Aussagen ließe sich entnehmen, daß in mehreren Fällen durchaus nicht die Arbeiter, sondern einzig und allein die SA-Leute die Angreifer waren.

Die Aggressivität der Angehörigen der SA und SS ist eine Ausgeburt der in diesen Organisationen gezüchteten Ideologie. Man hat den jungen Handwerkern und Handlungshelfern nicht bloß die braune Uniform gegeben, mit dieser Kleidung ist ihnen ein Geist eingegeben worden, der sie zur Offiziersideologie der Vorkriegszeit geführt hat. Nur, wer Uniform trägt, ist ein vollwertiger Mensch, alle anderen sind minderwertige Gesellen, sind Zivilisten. — Dieser „Geist“ der SA prägte sich in den Redewendungen fast aller SA-Zeugen aus. Alle, die zum Fall Manche auszusagen hatten, sprachen stets nicht von „einem Mann, der so und so ausgesehen“ habe, sondern von einem „Zivilisten“, der plötzlich erschienen sei.

Wenn auch der gesamte Eindruck der bisherigen Verhandlungen durchaus für die Angeklagten günstig war, so ist doch noch keinerlei Grund zu der Annahme vorhanden, daß etwa das zu erwartende Urteil entsprechend milde ausfallen werde. Trotz der erfreulichen Form der Prozeßführung darf von uns keinen Augenblick vergessen werden,

daß die Sondergerichte nicht zur Förderung der gerechten Beurteilung der Angeklagten, sondern zu ihrer möglichst schnellen und gründlichen Verurteilung im Interesse des

Klassenstaates geschaffen worden sind. Jedenfalls wird das Urteil im Ohlauer Sondergerichtsprozess eine über diesen Fall hinausgehende Bedeutung haben, da es das erste Urteil eines Sondergerichts in einem Landfriedensbruchprozess von großen Ausmaßen sein wird.

Am Donnerstag wurden außer den Zeugen die Sachverständigen Prof. Dr. Straußmann,

Dr. von Tempky und ein Ohlauer Assistenzarzt vernommen. Aus ihren Gutachten ging hervor, daß eine ganze Zahl von schwereren Verletzungen außer den Todesfällen erfolgt ist. Wie bestialisch die Nationalsozialisten zum Beispiel Stadtrat Manche geschlagen haben, ergab sich besonders aus den Aussagen Dr. von Tempkys, der dem Gericht sogar mitteilen mußte, daß aller Wahrscheinlichkeit nach das Schvermögen M.s für immer schwer geschädigt bleiben wird.

Weil sie sich nicht beschimpfen lassen wollte

Ein neues Schreckensurteil gegen eine Frau — Immer neue Terrorurteile gegen links

Noch hat man in Schlesien nicht ein einziges Urteil, das die vielen Handgranatenschläge und Feuerüberfälle von Nazis geahndet hätte, gehört. Im Verlaufe dieser Woche hat das Standgericht in Breslau ein neues unerhörtes Klassenurteil gegen eine Frau gefällt.

Es handelt sich um die Frau des Reichsbannerhauptkassierers Steiner, die wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ vor dem Sondergericht sich zu verantworten hatte. Frau Steiner war während der Wahlzeit, am Tage nach den Zusammenstößen in Ohlau, an der Promenade, Ecke Ohlauer Straße vor einer Anschlagssäule von Nazirowld wegen ihres Dreipfeilabzeichens mit den Worten:

„Was wollen Sie denn mit Ihrer Mistgabel hier? Sie sind wohl bloß bei der Eisernen Front, um Geschäfte zu machen und sich decken zu lassen“

angerempelt worden. Es gibt wohl keine Frau, die sich eine solche unerhörte Beleidigung wortlos gefallen ließe, und so hat Frau Steiner dem Naziprovokateur geziemend geantwortet. Sie wurde aber weiter auf das heftigste von den Provokateuren und anderen braunen Banditen beschimpft. Plötzlich erschien das Ueberfallkommando, nahm Frau Steiner fest, fünf Nazis marschierten mit

zur Wache und gaben dort an, sie habe gesagt: „Die Nazis hätten in Ohlau noch viel zu wenig bekommen, sie müßten überall totgeschlagen werden.“

In der Verhandlung marschierten typische nationalsozialistische Provokateurgestalten auf und schnurrten, wie auf Kommando, das vielbekannte Belastungsliedchen gegen die „Kommunengeklagte“ ab.

Entlastungszeugen werden zitiert. Alle bekunden Frau Steiner als unschuldig. Insbesondere stellt sich heraus, daß der damalige Polizeibericht, der davon sprach — ihre „Reden hätten eine tausendköpfige Menschenmenge zusammengeockt“ — nicht den Tatsachen entspreche.

Es kommt heraus, daß ein Polizeibeamter, der damals von Frau Steiner aufgefordert wurde, die nationalsozialistischen Schreier festzunehmen, das mit den Worten:

„In dieser hochpolitischen Zeit kann man nicht alles auf die Goldwaage legen“

abgelehnt habe. Diesen bemerkenswerten Satz machte sich aber das Gericht nicht zu eigen. Der Staatsanwalt fordert ein halbes Jahr Gefängnis. Frau Steiner wird zu vier Monaten Gefängnis vom Gericht verurteilt.

Brutale Behandlung eines Wohlfahrtserwerbslosen

„Wir haben uns lange genug von Euch anmeckern lassen, die Zeiten sind jetzt vorbei“

Beim Wohlfahrtsamt Breslau, Kreisstelle 5, spielte sich am Freitagmorgen eine widerliche Szene ab. Man sah, wie ein Wohlfahrtserwerbsloser auf die brutalste Art von einem Schupo aus dem Amtszimmer geworfen wurde, wobei ihm noch ein Angestellter des Wohlfahrtsamtes einen Tritt versetzte. Ein anderer Arbeitsloser, der dem Mißhandelten beistehen wollte, wurde vom Schupo mit dem Gummiknüppel traktiert; die ärmliche Kleidung wurde ihm vom Körper gerissen.

Auf Befragen des mißhandelten Erwerbslosen erfuhr man folgendes: er ist seit langem erwerbslos, hat eine Frau und zwei Kinder und erhält pro Woche 16.45 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Ende Juni wurde ein Kind von ihm für sechs Wochen in Erholung geschickt; obwohl diese Tatsache an allen zuständigen Stellen des Wohlfahrtsamtes gemeldet war, wurde dem Erwerbslosen noch 3 Wochen lang die gleiche Unterstützung wie bisher ausgezahlt, d. h. es wurden ihm die 3 Mark für das in Erholung geschickte Kind nicht abgezogen. Erst von der vierten Woche der Verschickung des Kindes ab wurden ihm die 3 Mark abgezogen. Am 5. August kam das Kind wieder zurück und der Vater des Kindes forderte nun wieder die volle Auszahlung des Kindergeldes, denn er mußte doch nunmehr das Kind wieder voll ernähren. Nun aber hatte man plötzlich den Fehler des Beamten entdeckt, daß die ersten 3 Wochen der Verschickung 3 Mark „zuviel“ an den Erwerbslosen ausgezahlt worden wären und erklärte dem Arbeitslosen, daß er trotz Anwesenheit des Kindes jetzt 3 Wochen lang den Kinderzuschlag nicht erhalte. Auf seine Beschwerde sagte man jedoch wohlwollende Prüfung zu und stellte ihm in Aussicht, entweder durch zusätzliche Lieferung von Lebensmitteln oder durch Nachzahlung die Sache zu regeln. Statt dessen aber wurde ihm schließlich am Freitag eröffnet, daß ihm die ganzen 3 Wochen zuviel gezahltes Kindergeld restlos abgezogen und keinerlei Ersatz dafür gewährt wird. Dadurch geriet der unterernährte und daher leicht reizbare Erwerbslose in große Erregung. Er lief zum Vorsteher, um sich zu beschweren, aber inzwischen hatte man schon einen Schupo geholt, und als er vom Vorsteher wieder zurückkam, spielte sich nach einer erregten Auseinandersetzung mit den Wohlfahrtsangestellten der einleitend geschilderte widerliche Vorgang ab. Bezeichnend ist, daß der Wohlfahrtsbeamte dabei gegenüber dem Erwerbslosen die Aeußerung gebrauchte: „Wir haben uns lange genug von Euch anmeckern lassen, die Zeiten sind jetzt vorbei“.

Mag auch nach dem Paragraphen und den rein formalen Bestimmungen der nachträgliche Abzug der Vorschrift entsprechen haben, so steht doch fest, daß die Schuld nicht bei dem Erwerbslosen, sondern ganz und gar bei den Angestellten des Wohlfahrtsamtes liegt. Hätten sie schon in der Auszahlung einen Fehler begangen, so müßten sie wissen, daß der Wohlfahrtserwerbslose von seiner Unterstützung keine Ersparnisse zurücklegen kann, sondern das Geld selbstverständlich sofort verbraucht und nun nach der Heimkehr des Kindes in die größte Not geraten müßte durch den nachträglichen Abzug. Es wäre Pflicht des Wohlfahrtsamtes gewesen, hier helfen d einzugreifen, statt mit Gummiknüppeln und Fußtritten den Erwerbslosen herauszuprügeln. Die Arbeiterschaft muß gegen diese Methoden aufs schärfste protestieren.

Nach einem Streit erschossen

Breslau, 20. August.

Gestern nachmittag hat die 25jährige geschiedene Ehefrau Eise Hoffmann in ihrer Wohnung in der Brunnenstraße 16 nach einem langen und heftigen Streit ihren Liebhaber, den 36jährigen Straßenbahnschaffner Paul Bralky, erschossen.

Kurze Zeit nach der Tat verließ die Frau sichtlich erregt die Wohnung, muß dann eine Zeitlang in den Straßen umhergeirrt sein, um sich schließlich dann auf dem Polizeirevier 20 zu stellen. Sie gab dort an, man möchte doch in der Brunnenstraße 16 nachsehen, es sei dort ein Schuß gefallen, worauf sie ohnmächtig zusammenbrach. Sie hat nachher ein volles Geständnis abgelegt. Wie verlaulet, soll Bralky Vater ihres Töchterchens sein und seit längerer Zeit in Ehescheidung leben. Gestern hat in der Ehescheidungsangelegenheit eine Verhandlung stattgefunden und Bralky hat den Wunsch geäußert, zu seiner Frau wieder zurückzukehren. Darüber geriet er mit der Hoffmann in Streit.

Interessant ist, daß man in der Wohnung der Hoffmann zwei Handfeuerwaffen gefunden hat.

Mit Hundepeltsche und Stiefelabsatz

Die Nazis haben gestern und vorgestern im Süden unserer Stadt und zwar in der Loh- und Sedanstraße zwei Ueberfälle auf kommunistische Zeitungshändler — den einen erfolglos, den anderen mit Erfolg — durchgeführt.

Vorgestern konnte man plötzlich größere Trupps Braunhosen mit Hundepeltschen (eine Waffe, die nicht den Notverordnungsbestimmungen unterliegt im Laufschrift vom braunen Haus aus der Lohstraße zu vorgehen sehen. Sie versuchten dort einen Zeitungshändler zu überfallen. Da die Arbeiterschaft aber auf dem Posten war, wagten die Hitlerbanditen es nicht, ihn anzugreifen.

Gestern gelang es ihnen aber eines einzelnen Zeitungshändlers habhaft zu werden. Sie traten ihn mit den Absätzen solange in den Leib, bis er zusammenbrach und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Das eingetroffene Ueberfallkommando säuberte die Straße mit dem Gummiknüppel und verhaftete drei SA-Leute.

Kleine Kriminalchronik

Hirschberg. Auf dem Wege von Mörzdorf nach Warmbrunn wurde der Kaufmann Schütz aus Warmbrunn, der in den späten Abendstunden mit seinem Motorrad nach Hause fuhr, beschossen. Aus einem Steinbruch wurden zwei Schüsse gegen ihn abgegeben, die aber nur das Motorrad trafen.

Strelitz. Um Mitternacht brach in der großen Scheune des Gasthofes „Zu den drei Linden“ Feuer aus, das bis in die Vormittagsstunden wütete. Die Feuerwehren standen dem rasenden Element fast machtlos gegenüber. Die Scheune mit der gesamten neuen Ernte und vielen landwirtschaftlichen Maschinen fiel dem Feuer zum Opfer. Nach in der Nacht wurde die Eisenbahnarbeitsfrau Klara Becker unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Sie hatte bereits in früheren Jahren wegen versuchter Brandstiftung von sich reden gemacht und der Verdacht fiel bald auf sie. Im Laufe des Vormittags konnte sie einwandfrei überführt werden. Drei junge Leute, die sich um die Stunde, als der Brand ausbrach, in der Nähe der Gastwirtschaft aufgehalten haben, erschienen bei der Polizei und meldeten sich als Zeugen. Sie hatten beobachtet, wie die Verdächtige in die Scheune eindrang und nach kurzer Zeit wieder herauskam. Bald darauf schlugen auch schon die ersten Flammen heraus. Bereits vor längerer Zeit hatte die Genannte dem Besitzer gedroht, ihm die Scheune anzuzünden.

Unfälle, Selbstmorde . . .

Breslau. Die 27jährige Kontoristin Charlotte H. verübte in der elterlichen Wohnung Selbstmord durch Einnahme von Tabletten und Aufschneiden der Pulsadern.

Görlitz. Der Arbeiter Sänger aus Penzig ist beim Baden in der Neisse an verbotener Stelle bei der sogenannten „Steinlache“ vor den Augen seiner Frau und seiner drei Kinder ertrunken.

Frankenstein. Der 69jährige Rechtskonsulent Paul Fischer stürzte anscheinend infolge eines Schwindelanfalls rücklings die Treppe herunter. An den erlittenen schweren Verletzungen starb er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Liegnitz. In Altlitz warf sich der Straßenwärter Ernst Kügler aus Parchwitz in selbstmörderischer Absicht zwischen das Vorder- und Hinterrad eines schwer beladenen Mühlenwagens. Der Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb.

Waldenburg. Im Ziegelteich in Nieder-Hermsdorf ertrank der 16jährige Grubenarbeiter Gerhard Pätzold. Ein Arzt stellte als Todesursache Herzschlag fest.

Sprottau. Der vierjährige Sohn Heinz des bei dem Gutsbesitzer Skupin, Sprottau-Eulau, beschäftigten Kutschers Großmann war mit dem Vater aufs Feld gefahren, um Klee hereinzuholen. Auf der Rückfahrt saß der Junge auf der Kleelehre. Von dieser fiel er gerade in dem Augenblick herab und vor das Hinterrad, als der neben dem Wagen hergehende Vater ein am Wege stehendes Fahrrad beiseite stellte, um es nicht zu überfahren. Das Hinterrad des vollen Wagens ging dem Knaben über den Hinterkopf und tötete ihn vor den Augen seines Vaters auf der Stelle.

Brände in Schlesien

Jauer. In Poischwitz brannte die dreiteilige Scheune des Gutsbesitzers Paul Max Heinke, eine der größten Scheunen des Dorfes, bis auf die Umfassungsmauern nieder. Sie enthielt die gesamte Getreideernte des etwa 180 Morgen großen Gutes und außerdem noch Getreide von Nachbarn. Der Brand entstand auf eine eigenartige Weise. Ein jugendlicher Gespannführer hatte einen beladenen Erntewagen eingefahren. Kurz vor dem Gehöft machten ihn Dorfbewohner aufmerksam, daß das Fuder am Ende brannte. Der Führer kam mit dem Wagen noch bis in den Hof und rief die Leute zu Hilfe. In diesem Augenblick scheuten aber die Pferde, die inzwischen das Feuer gewittert hatten, und gingen mit dem brennenden Wagen in rasender Fahrt durch die offene Scheune davon. Dabei fingen die Garben in der Scheune Feuer, das nicht mehr gelöscht werden konnte.

Metallarbeiterverbandstag

Am Montag, den 22. August, tritt in Dortmund die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) zusammen. Der DMV, als die größte deutsche Gewerkschaft, hat auch jetzt wieder, genau wie bei seinem Verbandstag im August 1930, das „Glück“, daß seine Tagung in eine politisch hochgespannte, aber sehr ungeklärte Situation fällt. Tagte der DMV 1930 kurz nach der Auflösung des Reichstages durch Brüning und unmittelbar vor den Septemberwahlen, so fällt die jetzige Tagung in eine Zeit, wo noch völlig unklar ist, wie morgen die Regierung aussieht, ob noch auf den Methoden der Papen-Diktatur oder der faschistischen Diktatur mit Hitler an der Spitze in den nächsten Wochen und Monaten regiert wird. Jedenfalls aber — und darüber gibt es keine Unklarheit — herrscht die denkbar schlimmste Diktatur gegen die Arbeiterklasse, ist das Parlament völlig ausgeschaltet. Heute erweist sich jede reformistische Spekulation auf die Demokratie und die Hilfe des Parlaments selbst für den proletarischen und gutgläubigsten Arbeiter als eine betäubende Illusion.

Es fehlte auf dem letzten Verbandstag gewiß nicht an Stimmen, die die jetzige Situation voraussagten. Die damalige Opposition, wenn auch nur durch wenige Delegierte vertreten, hat mit aller Schärfe den reformistischen, politisch nur auf demokratisch-parlamentarischer Betätigung eingesetzten Kurs der Verbandleitung kritisiert und aufgezeigt, daß, wenn die Arbeiterklasse nicht völlig verelendet und hilflos dem Faschismus ausgeliefert werden soll, der Kurs in den Gewerkschaften und auch im Metallarbeiterverband radikal umgestellt und die Linie des revolutionären außerparlamentarischen Klassenkampfes beschränkt werden muß. Die Verbandleitung wie auch die reformistische Verbandsmehrheit lehnte das als „utopische Revolutionsromantik“ ab. Sie hat den damaligen Verbandstag ganz auf die Erfolgsmöglichkeiten des Stimmzettel, der Propaganda für die SPD bei der Reichstagswahl eingestellt. Wie grausam inzwischen diese Illusionen durch die harte Wirklichkeit zerstört wurden, wie die Nazis schon damals von 12 auf 106 und bei der jetzigen Reichstagswahl auf 230 Abgeordnete angewachsen sind und neben der Vernichtung der ganzen bürgerlichen Mittelparteien die SPD auch parlamentarisch rund ein Viertel ihres Einflusses verloren hat, wie die Erwerbslosenarmee von 1½ auf 7 Millionen gestiegen ist, die Löhne und Arbeitslosenunterstützungssätze um rund die Hälfte gekürzt bzw. zu einem Teil ganz beseitigt wurden, brauchen wir hier nicht im einzelnen zu schildern. Die Kritik, die Mahnungen und die Vorschläge der Opposition wurden durch die inzwischen eingetretene Entwicklung als vollkommen richtig und notwendig bestätigt.

Hat daraus die reformistische Führung, die Leitung des DMV im besonderen, wenigstens jetzt gelernt? Leider liegen dafür keine Anzeichen vor und — um es vorweg zu sagen — es sind leider auch die Hoffnungen nicht berechtigt, daß auf dem jetzigen Verbandstag die notwendigen Lehren gezogen werden. Die Zusammensetzung des jetzigen Verbandstages ist etwa dieselbe wie 1930. Infolge der Verschlechterung des Wahlrechts für die Verbandsdelegierten, der fast völligen Ausschaltung der Urabstimmung und nicht zuletzt durch die unnötige gewerkschaftliche RGO-Politik der KPD hat auch diesmal die SPD-Fraktion eine 97-prozentige Mehrheit. Von den ca. 300 Delegierten hat die KPD nicht einen einzigen Vertreter, die Opposition wahrscheinlich 10 Delegierte, die sich auf 4 SAP (Breslau) und 6 KPO-Genossen (Stuttgart, Suhl und Halle) verteilen.

Es ist zwar anzunehmen, daß unter dem furchtbaren Druck der faschistischen Kapitaldiktatur nicht nur SAP- und KPO-Genossen, sondern auch sozialdemokratische Arbeiterdelegierte Kritik üben und Vorschläge in der Richtung des revolutionären Klassenkampfes machen werden. Dafür spricht neben anderem auch die außergewöhnlich große Zahl von sehr kritischen Anträgen, die nicht nur von als oppositionell bekannten, sondern auch von ganz sozialdemokratisch beherrschten Verwaltungsstellen an den Verbandstag gerichtet wurden. Ein sehr großer Teil dieser Anträge verlangt eine Aenderung der Taktik, vor allem, daß endlich dem seit Jahren andauernden Lohnabbau Widerstand geleistet wird. Eine noch größere Anzahl von Anträgen, die sich mit dem Statut beschäftigen, verlangen in ihrer Mehrheit die Herabsetzung der Beiträge und — der Gehälter der Verbandsangestellten. Herabsetzung der Beiträge deshalb, weil auch die aktivsten und opferbereitesten Kollegen durch die maßlose Kürzung des Einkommens beim besten Willen nicht mehr in der Lage sind, die bisherigen Beiträge zu bezahlen. Die ungeheure Not der großen Masse der Mitglieder ist es auch, die in unzähligen Mitgliederversammlungen die Anträge auf Herabsetzung der Verbandsgehälter verursacht. Selbst dieser Verbandstag mit seiner großen sozialdemokratischen Mehrheit wird es wohl kaum wagen können, diese Anträge völlig zu ignorieren.

Die entscheidende Frage aber auch auf diesem Verbandstag wird sein, welcher Kurs in Zukunft im DMV gesteuert werden soll. Darüber wird beim Hauptpunkt der Tagesordnung, beim Bericht des Vorstandes gesprochen und entschieden werden. Der Vorstand hat auch zum diesmaligen Verbandstag wieder den gedruckten Jahresbericht, in diesem Falle vom Jahre 1931, vorgelegt. Es sind erschreckende Zahlen, die dort zur Beurteilung der Lage in der Metallindustrie mitgeteilt werden.

Hier nur einige Beispiele:

Ernstste Gegensätze in der NSDAP?

Graf Reventlow als Führer eines sozialistischen Flügels?

Der linksdemokratische „Dortmunder General-Anzeiger“, ein im allgemeinen gut unterrichtetes Blatt, bringt eine aufsehenerregende Meldung seiner Berliner Schriftleitung über „Ernsteste Spaltungsercheinungen in der NSDAP“. Danach ist zwischen der Leitung der NSDAP und dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow ein ernsthafter Konflikt ausgebrochen, der unter Umständen dazu führen kann, daß der innere Gegensatz, der innerhalb der NSDAP zwischen den Vertretern des Kapitalismus und den „Sozialisten“ besteht, zum offenen Ausbruch kommt.

Reventlow war kürzlich in seiner Zeitung „Der Reichswart“ für die Verstaatlichung der Großbanken und der Schwerindustrie eingetreten. Als seine Ausführungen ein stilleres Echo fanden, forderte die Parteileitung Reventlow zu einer öffentlichen Erklärung auf, daß es sich nur um eine Privatangelegenheit handle und daß seine Forderungen nichts zu tun hätten mit ähnlich lautenden Programmpunkten marxistischer Parteien. Graf Reventlow hat dieses Ansinnen abgelehnt. Er weist darauf hin,

daß mindestens 100 Fraktionskollegen mit seinen Forderungen übereinstimmen

und daß ein weiterer Teil der nationalsozialistischen Abgeordneten sicherlich gezwungenermaßen ebenfalls beistimmen würde. Zum ersten Male sei jetzt eine verfassungsändernde Mehrheit für die Durchbringung sozialistischer Forderungen vorhanden.

Schließlich erklärt Reventlow, daß er und seine Freunde für die entsprechenden sozialdemokratischen Anträge im Reichstag stimmen würden, denn es sei gleichgültig, von welcher Seite aus der Sozialismus ins Rollen gebracht würde, es käme nur darauf an, daß ganze Arbeit geleistet würde, und die Anträge der SPD seien eine brauchbare Grundlage hierzu“.

Soweit die Mitteilungen des „Dortmunder General-Anzeiger“. Graf Reventlow, der in der Vorkriegs- und Kriegszeit als einer der bekanntesten Wortführer der Alldeutschen hervorgetreten ist, muß als eine Art Außenseiter im Lager der Nationalsozialisten betrachtet werden. Selbst wenn er konsequent bei seiner jetzt geäußerten Auffassung bleiben würde, scheint es uns daher zweifelhaft, ob wirklich ein beträchtlicher Teil der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion seinen Parolen folgen würde. Auch frühere ähnliche Rebellionen im Nazilager, wie etwa die von Otto Strasser, haben bekanntlich nicht zu irgendwelchen wesentlichen Abspaltungen geführt. Es wird daher angebracht sein, diese Vorgänge im Nazilager zwar mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen, aber keine übertriebenen Erwartungen in bezug auf eine baldige Zersetzung der nationalsozialistischen Bewegung zu hegen.

Die Gärung in der Kölner SA

Wir berichteten gestern, daß in Köln ein SA-Sturm mit sofortiger Wirkung durch die SA-Leitung aufgelöst worden ist. Neuere Pressemeldungen besagen, daß die Gärung in der gesamten SA in Köln immer weiter um sich greift. Vor der Wahl sei der SA in Geheimbefehlen wiederholt mitgeteilt worden, sie würde demnächst zu einem großen Schlage eingesetzt werden. Auch sonst hatte man ihnen versprochen, daß sie als Hilfspolizisten eingestellt würden. Infolge der politischen Entwicklung herrscht nun bei den SA-Leuten in Köln — und ähnlich auch an anderen Orten — große Enttäuschung und Erbitterung gegen die Führer.

In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, daß der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ meldet, die Nationalsozialisten Schneider und Cremer seien „wegen unverantwortlichen Leichtsinns“ aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Ausschluß steht in Verbindung mit der Ermordung eines SA-Mannes Raskin bei Aachen. Der „West-

Die Roheisenerzeugung ging in Deutschland von 13,4 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 6,1 Millionen im Jahre 1931 und die Rohstahlgewinnung von 16,2 Millionen auf 8,3 Millionen Tonnen zurück. Im Maschinenbau wird die Kapazität der Betriebe heute nur zu einem Drittel ausgenutzt. Von der gegenüber dem Stand des Jahres 1930 um 25% verringerten Belegschaft der Maschinenbaubetriebe standen am Schluß des Berichtsjahres 80 Prozent aller Arbeiter in Kurzarbeit. Noch schlimmer ist das Bild, wenn man einzelne Spezialzweige herausgreift. So ist z. B. die Lokomotivindustrie nur zu einem Dreißigstel ihrer Kapazität beschäftigt, bei der Waggonindustrie sieht es nicht viel besser. Die Autoindustrie ist auf ein Fünftel ihrer Produktion von 1929 zurückgegangen.

Im Jahresdurchschnitt 1931 waren 33,4% der Mitglieder völlig arbeitslos, 29,3% in Kurzarbeit und nur 37,3% waren voll beschäftigt. Daß die Entwicklung in diesem Jahre noch weiter nach unten ging und daher noch erschreckendere Zahlen in dieser Hinsicht aufweist, ist bekannt.

Es ist, zumal bei der reformistischen Politik der Verbandsleitung, unter diesen Umständen erklärlich, daß der Verband einen erheblichen Mitgliederverlust zu verzeichnen hat. Der DMV verlor im Jahre 1931

deutsche Beobachter“ hatte in großer Aufmerksamkeit gebracht, Raskin sei das Opfer verlorener Marzisten geworden. Die amtliche Untersuchung hat aber einwandfrei ergeben, daß er von seinem Parteigenossen Martin erschossen wurde, und dieser Martin war mit Schneider und Cremer eng befreundet.

Polizei darf mißhandeln

In Braunschweig waren kürzlich in der Siedlung Bebelhof 84 Reichsbannerleute auf Grund einer nationalsozialistischen Denunziation festgenommen und mehrere Tage in Haft behalten worden. Bei dieser Festnahme erfuhr die Reichsbannerleute grobe Mißhandlungen durch junge, vorwiegend nationalsozialistische Polizeibeamte. Obwohl keiner der Festgenommenen irgendeine Mißhandlung zum Widerstand machte, waren sie gezwungen worden, wie Schwerverbrecher beide Hände hoch zu halten und sich in strammer Haltung mit dem Gesicht zur Wand aufzustellen. Hinter ihnen standen die Beamten mit geladenen Pistolen im Anschlag, und zwar auf ausdrücklichen Befehl des Offiziers. Auch auf dem Transport richteten die Polizeibeamten ihre Waffen auf die Festgenommenen. In der Polizeiuferkunft wurden die Reichsbannerleute mit Worten beleidigt, von denen das „Berliner Tageblatt“ erklärt, sie wären so unfähig, daß man sie nicht wiedergeben könne.

Das Reichsbanner hatte daraufhin eine Dienstaufsichtsbeschwerde einge-

Regierung Papen geschäftsführendes Kabinett?

Reichskanzler Papen erklärte bekanntlich dieser Tage in einem Interview, sein Kabinett werde noch lange im Amte bleiben. Aus parlamentarischen Kreisen des neuen Reichstages wird hierzu erklärt, die Absicht des Kabinetts Papen laufe wohl darauf hinaus, nach der kaum zu bezweifelnden Annahme eines Mißtrauensvotums als geschäftsführende Regierung im Amte zu bleiben. Der Reichspräsident könne es dann als die Hauptaufgabe des Reichstages erklären, eine arbeitsfähige Regierung, also eine solche, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen könne, zu bilden. Solange der Reichstag sich hierzu nicht imstande zeige, habe der Reichspräsident die Möglichkeit, auch bei Annahme eines Mißtrauensvotums die Regierung Papen als Regierung seines Vertrauens mit der geschäftsführenden Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte solange zu betrauen, bis ein Mehrheitskabinett zustande gekommen sei. Unter Umständen könne auf diese Weise das Kabinett Papen während der ganzen Dauer der Legislaturperiode dieses Reichstages, also 4 Jahre hindurch, im Amte bleiben, falls nicht nach einer eventuellen Verständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen sich auch im Reich entsprechende Möglichkeiten ergeben.

Die Regierung rechtfertigt die Naziputschisten

CNB, Berlin, 19. August. Major a. D. von Stephani hat gestern in dem Berliner Organ des „Stahlhelm“ Mitteilungen über einen angeblich geplant gewesenen Putsch der National-

113714 Mitglieder, gleich 12,09%, und hatte am Schluß des Jahres noch eine Mitgliedschaft von 826864, davon 54359 weibliche und 63599 jugendliche Mitglieder. Der Vorstand hebt rühmend hervor, daß der DMV allein im vorigen Jahr rund 30,5 Millionen Mark an Unterstützung, davon allein 24,5 an Erwerbslosenunterstützung, ausbezahlt hätte. Er teilt ferner mit, daß „56 Angriffs- und 1428 Abwehrbewegungen mit über 2½ Millionen daran Beteiligten geführt worden wären. Aus dem Vorbericht ist leider nicht ersichtlich, wieviel davon wirkliche Kampfbewegungen (Streik und Aussperrungen) waren.

Das alles ist rein zahlenmäßig gewiß eine gewaltige Leistung einer Gewerkschaft, aber es ist eben der Fehler der reformistischen Gewerkschaftsführung, daß sie sich auf diese Unterstützungszahlung und bei Tarif- und Lohnbewegungen im Wesentlichen nur auf Schlichterverhandlungen beschränkt und damit ihre Aufgabe als vollkommen erfüllt ansieht.

Es kommt jedoch nicht auf die Summe der gezahlten Unterstützungen und auch nicht auf die Anzahl der Bewegungen, sondern darauf an, inwieweit der Verband seine elementarste Aufgabe, die Verteidigung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, erfüllt hat. Hier-

reicht und angemessene Bestrafung der schuldigen Beamten gefordert. Diese Beschwerde ist jetzt von dem nationalsozialistischen Polizeikommandeur mit der kurzen Bemerkung abgelehnt worden, daß die angestellten Ermittlungen keinen Anlaß zum Vorgehen gegen die Beamten geboten hätten!

Zuchthausanträge im Ohlauer Prozeß

Nach Redaktionsschluß gehen uns folgende Strafanträge im Ohlauer Prozeß zu:

Staatsanwaltschaftsrat Haude erklärt zunächst, daß die Staatsanwaltschaft nicht mehr wie bei Erhebung der Anklage Landfriedensbruch als fortgesetzte Handlung, sondern eine selbständige abgeschlossene Handlung für erwiesen halte.

Er beschäftigte sich mit der Teilnahme der einzelnen Angeklagten und beantragte gegen die Hauptangeklagten folgende Strafen:

Gegen Gewerkschaftssekretär und Kreisleiter des Reichsbanners Durniak wegen Landfriedensbruch, Waffenmißbrauch und schweren Aufruhr 4 Jahre Zuchthaus.

Gegen den Ortsgruppenleiter des Reichsbanners wegen derselben Straftaten 6 Jahre Zuchthaus.

Gegen den Angeklagten Vanin (Vater) 5 Jahre Zuchthaus.

Gegen SPD-Stadtrat Manche wegen schweren Landfriedensbruch und Raufhändel 4 Jahre Zuchthaus.

Gegen Gewerkschaftssekretär Strulike wegen einfachen Landfriedensbruch und Aufruhr 2 Jahre Zuchthaus.

Die übrigen beantragten Strafen wegen Landfriedensbruch bewegen sich zwischen 4 bis 2 Jahre Gefängnis. In 6 Fällen wurde Freispruch beantragt.

Bundesrat lehnt ab

WTD, Wien, 19. August.

Der Bundesrat hat mit 27 gegen 22 Stimmen gegen das Lausener Protokoll Einspruch erhoben. Das Protokoll muß nunmehr an den Nationalrat zurückgehen.

Der ehemalige Bundeskanzler und Polizeipräsident Dr. Schöberl ist heute Abend um 22 Uhr gestorben.

sozialisten veröffentlicht, die heute auch in anderen Berliner Zeitungen erörtert worden sind. Dazu erfahren wir von zuständiger Stelle, daß den Behauptungen des Majors v. Stephani von den zuständigen preussischen und Reichsstellen nachgegangen worden ist, ohne daß sich Beweise für die Richtigkeit der Darstellungen von Stephani ergaben. Von unterrichteter Seite wird davor gewarnt, Meldungen der Nachrichtenstellen der Verbände, wie der Nationalsozialisten, des Stahlhelm, des Reichsbanners usw., besondere Glaubwürdigkeit zuzumessen. Da sich die Verbände feindlich gegenübersehen, seien die von ihnen ausgehenden Meldungen gewöhnlich von Liebe oder Haß diktiert und derartig zu bewerten. In den unruhigen Zeiten vor den Wahlen seien solche Meldungen in Masse in die Öffentlichkeit gegangen, ohne daß sich das geringste der darin behaupteten Dinge als wahr hätte nachweisen lassen. Den konkreten Behauptungen des Majors v. Stephani werde von den preussischen zuständigen Stellen übrigens noch weiter nachgegangen.

Parlamentarische Opposition der SPD

VDZ, Berlin, 19. August.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ zu der heutigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion berichtet, hat die Fraktion beschlossen, sofort einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett von Papen einzubringen. Ein besonderer anderer Antrag verlangt, daß durch Reichstagsbeschluß sämtliche Notverordnungen aufgehoben werden, die die Regierung von Papen erlassen hat.

über schweigt der Bericht aus verständlichen Gründen.

Es wird Aufgabe der Opposition sein, gerade hier das Notwendige nachzuholen. Es gilt auf dem Verbandstag nicht nur den Beweis zu erbringen, daß ohne eine Aenderung der Taktik im Sinne des revolutionären Klassenkampfes der Faschismus in kürzester Frist siegen und damit auch der DMV vor seiner Vernichtung stehen wird, sondern die Opposition muß und wird auch die einzig möglichen und gangbaren Wege für den Kampf aufzeigen, der aus der jetzigen Situation heraus zum Sieg der Arbeiterklasse führt. Sie wird den Verbandstag zwingen, ganz konkret zu den jetzt unmittelbar drohenden Gefahren der Zerschlagung des Tarifrechtes, der Einführung der Arbeitsdienstpflicht und der damit verbundenen Vernichtung der Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Nur wenn es gelingt, die nurgewerkschaftlichen Bewegungen und Kämpfe in politische außerparlamentarische Massenaktionen überzuführen, wenn es gelingt, der Kapitaldiktatur und dem Faschismus den einheitlichen Arbeiterblock unter Einsatz der ganzen gewerkschaftlichen Machtmittel, besonders der des stärksten Verbandes, des DMV, entgegenzusetzen, ist ein Erfolg der Arbeiterklasse möglich.

Der Geist der SA und SS

Fünfter Verhandlungstag in Ohlau — Weitere Entlastung von Angeklagten — Die Schuld der SA eindeutig erwiesen

(Von unserem nach Brigg entsandten Berichterstatter.)

Mit den Zeugenvernehmungen, die noch am Freitag Vormittag durchgeführt wurden, ist der erste Abschnitt der Sondergerichtsverhandlungen im Ohlauer Aufbruchprozess beendet.

Die zahlreichen Zeugenvernehmungen dieses Prozesses haben die ganz besondere Problematik der Zeugenaussage in politischen Prozessen von Neuem erwiesen. Sind schon sonst Zeugenaussagen mit allergrößter Vorsicht zu bewerten, so sind Tatsachen bei politischen Auseinandersetzungen, die der einen oder anderen Partei nahe stehen oder angehören, geradezu nicht als normale Zeugen zu betrachten.

Ihre Aussagen werden stets bewußt oder auch unbewußt gefärbt sein.

Ganz besonders muß dieser Umstand aber betont werden im Falle des Ohlauer Prozesses, da hier als Belastungszeugen fast ausschließlich Mitglieder oder Sympathisierende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei aufgetreten sind. Selbst bei bestem Willen dieser Zeugen zur Objektivität, der füglich bezweifelt werden darf, muß in Rechnung gestellt werden, daß gerade die nationalsozialistische Presse in skrupelloser Weise — in trautem Verein mit den übrigen Zeitungen der Rechten — vom Beginn der Voruntersuchung an ihre Leser geradezu maßlos gegen die Angeklagten verhetzt hat.

Schon am 11. Juli, also einen Tag nach den Zusammenstößen in Ohlau, hatte die „Schlesische Zeitung“ und mit ihr die gesamte Rechtspresse behauptet, daß die Ohlauer Vorfälle eine Folge der „skrupellosen marxistischen Hetze“ seien. Aus den bisherigen Verhandlungen hat sich demgegenüber ein ganz anderes Bild ergeben. Die Kette von Zusammenstößen, die sich in Ohlau an dem fraglichen Sonntag abgespielt haben, ist nicht durch marxistische Verhetzung, sondern durch die rücksichtslose Brutalität der SA-Leute ausgelöst worden.

Wie schon an den vorhergehenden Verhandlungstagen ist wieder am Freitag Vormittag ausgesagt worden, daß

der erste Zusammenstoß durch einen nationalsozialistischen Motorradfahrer ausgelöst worden ist, der, ohne daß ihn jemand beleidigt oder angegriffen hätte, einen Arbeiter ins Gesicht schlug.

Dieser Umstand ist, wie es uns erscheinen will, für die moralische Schuldfrage von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist zu erwarten, daß er in der gerichtlichen Beurteilung der Vorgänge gebührend beachtet wird.

Ferner ist zweifelsohne durch den Verlauf des ersten Teils der Verhandlungen eine erhebliche Entlastung einer größeren Zahl von Angeklagten herbeigeführt worden. So ist erwiesen, daß der „rote“ Stadtrat Manche, der sofort nach Bekanntwerden der Ohlauer Zusammenstöße von der „Schlesischen Zeitung“ zum Rädelführer gestempelt worden war, ganz sicher nicht die Reichsbannerleute geführt haben kann, da er ohne jede Begleitung von den SA-Leuten betroffen verfolgt und niedergeschlagen worden ist.

Von einer anderen Gruppe von Angeklagten hat sich ergeben, daß sie überhaupt nicht an den Zusammenstößen beteiligt gewesen sind, ja von einigen sogar, daß sie gar nicht in Ohlau in der fraglichen Zeit gewesen sind. Während dergestalt die Schuld der Reichsbannerleute im Zusammenhang mit der gesamten Lage und Atmosphäre in Ohlau immer geringer erscheint, mutet es um so sonderbarer an,

daß die Untersuchungsbehörde auch nicht einen Nationalsozialisten für tatverdächtig gehalten hat. Allein aus den von einzelnen SA-Leuten unter Eid gemachten Aussagen ließe sich entnehmen, daß in mehreren Fällen durchaus nicht die Arbeiter, sondern einzig und allein die SA-Leute die Angreifer waren.

Die Aggressivität der Angehörigen der SA und SS ist eine Ausgeburt der in diesen Organisationen gezüchteten Ideologie. Man hat den jungen Handwerkern und Handlungshelfern nicht bloß die braune Uniform gegeben, mit dieser Kleidung ist ihnen ein Geist eingegeben worden, der sie zur Offiziersideologie der Vorkriegszeit geführt hat. Nur, wer Uniform trägt, ist ein vollwertiger Mensch, alle anderen sind minderwertige Gesellen, sind Zivilisten. — Dieser „Geist“ der SA prägte sich in den Redewendungen fast aller SA-Zeugen aus. Alle, die zum Fall Manche auszusagen hatten, sprachen stets nicht von einem Mann, der so und so ausgesehen habe, sondern von einem „Zivilisten“, der plötzlich erschienen sei.

Wenn auch der gesamte Eindruck der bisherigen Verhandlungen durchaus für die Angeklagten günstig war, so ist doch noch keinerlei Grund zu der Annahme vorhanden, daß etwa das zu erwartende Urteil entsprechend milde ausfallen werde. Trotz der erfreulichen Form der Prozeßführung darf von uns keinen Augenblick vergessen werden, daß die Sondergerichte nicht zur Förderung der gerechten Beurteilung der Angeklagten, sondern zu ihrer möglichst schnellen und gründlichen Vorurteilung im Interesse des

Klassenstaates geschaffen worden sind. Jedenfalls wird das Urteil im Ohlauer Sondergerichtsprozess eine über diesen Fall hinausgehende Bedeutung haben, da es das erste Urteil eines Sondergerichts in einem Landfriedensbruchprozess von großen Ausmaßen sein wird.

Am Donnerstag wurden außer den Zeugen die Sachverständigen Prof. Dr. Strassmann,

Dr. von Tempky und ein Ohlauer Assistenzarzt vernommen. Aus ihren Gutachten ging hervor, daß eine ganze Zahl von schwereren Verletzungen außer den Todesfällen erfolgt ist. Wie bestialisch die Nationalsozialisten zum Beispiel Stadtrat Manche geschlagen haben, ergab sich besonders aus den Aussagen Dr. von Tempkys, der dem Gericht sogar mitteilen mußte, daß aller Wahrscheinlichkeit nach das Sehvermögen Ms für immer schwer geschädigt bleiben wird.

Weil sie sich nicht beschimpfen lassen wollte

Ein neues Schreckensurteil gegen eine Frau — Immer neue Terrorurteile gegen links

Noch hat man in Schlesien nicht ein einziges Urteil, das die vielen Handgranatenschläge und Feuerüberfälle von Nazis geahndet hätte, gehört. Im Verlaufe dieser Woche hat das Sondergericht in Breslau ein neues unerhörtes Klassenurteil gegen eine Frau gefällt.

Es handelt sich um die Frau des Reichsbannerhauptkassierers Steiner, die wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ vor dem Sondergericht sich zu verantworten hatte. Frau Steiner war während der Wahlzeit, am Tage nach den Zusammenstößen in Ohlau, an der Promenade, Ecke Ohlauer Straße vor einer Anschlagssäule von Nazirawdis wegen ihres Dreipfeilszeichens mit den Worten:

„Was wollen Sie denn mit Ihrer Mistgabel hier? Sie sind wohl bloß bei der Eisernen Front, um Geschäfte zu machen und sich decken zu lassen!“

angerepelt worden. Es gibt wohl keine Frau, die sich eine solche unerhörte Beleidigung wortlos gefallen ließe, und so hat Frau Steiner dem Naziprovokateur geziemend geantwortet. Sie wurde aber weiter auf das heftigste von den Provokateuren und anderen braunen Banditen beschimpft. Plötzlich erschien das Ueberfallkommando, nahm Frau Steiner fest, fünf Nazis marschierten mit

zur Wache und gaben dort an, sie habe gesagt: „Die Nazis hätten in Ohlau noch viel zu wenig bekommen, sie müßten überall totgeschlagen werden.“

In der Verhandlung marschierten typische nationalsozialistische Provokateurgestalten auf und schnurrten, wie auf Kommando, das vielbekannte Belastungsliedchen gegen die „Kommunangeklagte“ ab.

Entlastungszeugen werden zitiert. Alle bekunden Frau Steiner als unschuldig. Insbesondere stellt sich heraus, daß der damalige Polizeibericht, der davon sprach — ihre „Reden hätten eine tausendköpfige Menschenmenge zusammengeklückt“ — nicht den Tatsachen entspreche.

Es kommt heraus, daß ein Polizeibeamter, der damals von Frau Steiner aufgefordert wurde, die nationalsozialistischen Schreier festzunehmen, das mit den Worten:

„In dieser hochpolitischen Zeit kann man nicht alles auf die Goldwaage legen“

abgelehnt habe. Diesen bemerkenswerten Satz machte sich aber das Gericht nicht zu eigen. Der Staatsanwalt fordert ein halbes Jahr Gefängnis. Frau Steiner wird zu vier Monaten Gefängnis vom Gericht verurteilt.

Brutale Behandlung eines Wohlfahrtserwerbslosen

„Wir haben uns lange genug von Euch anmökern lassen, die Zeiten sind jetzt vorbei!“

Beim Wohlfahrtsamt Breslau, Kreisstelle 5, spielte sich am Freitagmorgen eine widerliche Szene ab. Man sah, wie ein Wohlfahrtserwerbsloser auf die brutalste Art von einem Schupo aus dem Amtszimmer geworfen wurde, wobei ihm noch ein Angestellter des Wohlfahrtsamtes einen Tritt versezte. Ein anderer Arbeitsloser, der dem Mißhandelten beistehen wollte, wurde vom Schupo mit dem Gummiknüppel traktiert; die ärmliche Kleidung wurde ihm vom Körper gerissen.

Auf Befragen des mißhandelten Erwerbslosen erfuhr man folgendes: er ist seit langem erwerbslos, hat eine Frau und zwei Kinder und erhält pro Woche 16,45 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Ende Juni wurde ein Kind von ihm für sechs Wochen in Erholung geschickt; obwohl diese Tatsache an allen zuständigen Stellen des Wohlfahrtsamtes gemeldet war, wurde dem Erwerbslosen noch 3 Wochen lang die gleiche Unterstützung wie bisher ausbezahlt, d. h. es wurden ihm die 3 Mark für das in Erholung geschickte Kind nicht abgebogen. Erst von der vierten Woche der Verschickung des Kindes ab wurden ihm die 3 Mark abgebogen. Am 5. August kam das Kind wieder zurück und der Vater des Kindes forderte nun wieder die volle Auszahlung des Kindergeldes, denn er mußte doch nunmehr das Kind wieder voll ernähren. Nun aber hatte man plötzlich den Fehler des Beamten entdeckt, daß die ersten 3 Wochen der Verschickung 3 Mark „zuviel“ an den Erwerbslosen ausbezahlt worden wären und erklärte dem Arbeitslosen, daß er trotz Anwesenheit des Kindes jetzt 3 Wochen lang den Kindergeschlag nicht erhalte. Auf seine Beschwerde sagte man jedoch wohlwollende Prüfung zu und stellte ihm in Aussicht, entweder durch zusätzliche Lieferung von Lebensmitteln oder durch Nachzahlung die Sache zu regeln. Statt dessen aber wurde ihm schließlich am Freitag eröffnet, daß ihm die ganzen 3 Wochen zuviel gezahltes Kindergeld restlos abgebogen und keinerlei Ersatz dafür gewährt wird. Dadurch geriet der unterernährte und daher leicht reizbare Erwerbslose in große Erregung. Er lief zum Vorsteher, um sich zu beschweren, aber inzwischen hatte man schon einen Schupo geholt, und als er vom Vorsteher wieder zurückkam, spielte sich nach einer erregten Auseinandersetzung mit den Wohlfahrtsangestellten der einleitend geschilderte widerliche Vorgang ab. Bezeichnend ist, daß der Wohlfahrtsbeamte dabei gegenüber dem Erwerbslosen die Äußerung gebrauchte: „Wir haben uns lange genug von Euch anmökern lassen, die Zeiten sind jetzt vorbei!“

Mag auch nach dem Paragraphen und den rein formalen Bestimmungen der nachträgliche Abzug der Vorschrift entsprechen haben, so steht doch fest, daß die Schuld nicht bei dem Erwerbslosen, sondern ganz und gar bei dem Angestellten des Wohlfahrtsamtes liegt. Hatten sie schon in der Auszahlung einen Fehler begangen, so mußten sie wissen, daß der Wohlfahrtserwerbslose von seiner Unterstützung keine Ersparnisse zurücklegen kann, sondern das Geld selbstverständlich sofort verbrauchte und nun nach der Heimkehr des Kindes in die größte Not geraten mußte durch den nachträglichen Abzug. Es wäre Pflicht des Wohlfahrtsamtes gewesen, hier helfend einzugreifen, statt mit Gummiknüppeln und Fußtritten den Erwerbslosen herauszupöbeln. Die Arbeiterschaft muß gegen diese Methoden aufs schärfste protestieren.

Nach einem Streit erschossen

Breslau, 20. August.

Oestern nachmittag hat die 25jährige geschiedene Ehefrau Else Hoffmann in ihrer Wohnung in der Brunnenstraße 16 nach einem langen und heftigen Streit ihren Liebhaber, den 36jährigen Straßenbahnschaffner Paul Bratky, erschossen.

Kurze Zeit nach der Tat verließ die Frau sichtlich erregt die Wohnung, muß dann eine Zeilang in den Straßen umhergeirrt sein, um sich schließlich dann auf dem Polizeirevier 20 zu stellen. Sie gab dort an, man möchte doch in der Brunnenstraße 16 nachsehen, es sei dort ein Schuß gefallen, worauf sie öhnmächtig zusammenbrach. Sie hat nachher ein volles Geständnis abgelegt. Wie verlautet, soll Bratky Vater ihres Töchterchens sein und seit längerer Zeit in Ehescheidung leben. Oestern hat in der Ehescheidungsangelegenheit eine Verhandlung stattgefunden und Bratky hat den Wunsch geäußert, zu seiner Frau wieder zurückzukehren. Darüber geriet er mit der Hoffmann in Streit.

Interessant ist, daß man in der Wohnung der Hoffmann zwei Handfeuerwaffen gefunden hat.

Mit Hundepeltsche und Stiefelabsatz

Die Nazis haben gestern und vorgestern im Süden unserer Stadt und zwar in der Lohes- und Sedanstraße zwei Ueberfälle auf kommunistische Zeitungshändler — den einen erfolglos, den anderen mit Erfolg — durchgeführt.

Vorgestern konnte man plötzlich größere Trupps Braunhosen mit Hundepeltschen (eine Waffe, die nicht den Notverordnungsbestimmungen unterliegt im Laufschrift vom braunen Hlans aus der Lohestraße zu vorgehen sehen. Sie versuchten dort einen Zeitungshändler zu überfallen. Da die Arbeiterschaft aber auf dem Posten war, wagten die Hitlerbanditen es nicht, ihn anzugreifen.

Gestern gelang es ihnen aber einen einzelnen Zeitungshändlers habhaft zu werden. Sie traten ihn mit den Absätzen solange in den Leib, bis er zusammens brach und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Das eingetroffene Ueberfallkommando säuberte die Straße mit dem Gummiknüppel und verhaftete drei SA-Leute.

Kleine Kriminalchronik

Hirschberg. Auf dem Wege von Märzdorf nach Warmbrunn wurde der Kaufmann Schütz aus Warmbrunn, der in den späten Abendstunden mit seinem Motorrad nach Hause fuhr, beschossen. Aus einem Stiefbruch wurden zwei Schüsse gegen ihn abgegeben, die aber nur das Motorrad trafen.

Striegau. Um Mitternacht brach in der großen Scheune des Gasthofes „Zu den drei Linden“ Feuer aus, das bis in die Vormittagsstunden wütete. Die Feuerwehren standen dem rasenden Element fast machtlos gegenüber. Die Scheune mit der gesamten neuen Ernte und vielen landwirtschaftlichen Maschinen fiel dem Feuer zum Opfer. Noch in der Nacht wurde die Eisenbahnerwitwe Klara Becker unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Sie hatte bereits in früheren Jahren wegen versuchter Brandstiftung von sich reden gemacht und der Verdacht fiel bald auf sie. Im Laufe des Vormittags konnte sie einwandfrei überführt werden. Drei junge Leute, die sich um die Stunde, als der Brand ausbrach, in der Nähe der Gastwirtschaft auf gehalten haben, erschienen bei der Polizei und meldeten sich als Zeugen. Sie hatten beobachtet, wie die Verdächtige in die Scheune eintrat und nach kurzer Zeit wieder herauskam. Bald darauf schlugen auch schon die ersten Flammen heraus. Bereits vor längerer Zeit hatte die Genannte dem Besitzer gedroht, ihm die Scheune anzuzünden.

Unfälle, Selbstmorde . . .

Breslau. Die 27jährige Kontoristin Charlotte H. verübte in der elterlichen Wohnung Selbstmord durch Einnahme von Tabletten und Aufschneiden der Pulsadern.

Görlitz. Der Arbeiter Sänger aus Penzig ist beim Baden in der Neisse an verbotener Stelle bei der sogenannten „Steinleche“ vor den Augen seiner Frau und seiner drei Kinder ertrunken.

Frankenstein. Der 69jährige Rechtskonsulent Paul Fischer stürzte anscheinend infolge eines Schwächeanfalls rücklings die Treppe herunter. An den erlittenen schweren Verletzungen starb er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Liegnitz. In Altflät warf sich der Straßwäher Ernst Kügler aus Parchwitz in selbstmörderischer Absicht zwischen das Vorder- und Hinterrad eines schwer beladenen Mühlenwagens. Der Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb.

Waldenburg. Im Ziegelteich in Niederhermsdorf ertrank der 16jährige Grubenarbeiter Gerhard Pätzold. Ein Arzt stellte als Todesursache Herzschlag fest.

Sprottau. Der vierjährige Sohn Heinz des bei dem Gutsbesitzer Skupin, Sprottau-Eulau, beschäftigten Kutschers Großmann war mit dem Vater aufs Feld gefahren, um Klee hereinzuholen. Auf der Rückfahrt saß der Junge auf der Kleeaufre. Von dieser fiel er gerade in dem Augenblick herab und vor das Hinterrad, als der neben dem Wagen hergehende Vater ein am Wege stehendes Fahrrad beiseite stellte, um es nicht zu überfahren. Das Hinterrad des vollen Wagens ging dem Knaben über den Hinterkopf und tötete ihn vor den Augen seines Vaters auf der Stelle.

Brände in Schlesien

Jauer. In Poischwitz brannte die dreiteilige Scheune des Gutsbesitzers Paul Max Heinke, eine der größten Scheunen des Dorfes, bis auf die Umfassungsmauern nieder. Sie enthielt die gesamte Getreideernte des etwa 180 Morgen großen Gutes und außerdem noch Getreide von Nachbarn. Der Brand entstand auf eine eigenartige Weise. Ein jugendlicher Gespannführer hatte einen beladenen Erntewagen eingefahren. Kurz vor dem Gehöft machten ihn Dorfbewohner aufmerksam, daß das Fuder am Ende brannte. Der Führer kam mit dem Wagen noch bis in den Hof und rief die Leute zu Hilfe. In diesem Augenblick scheuten aber die Pferde, die inzwischen das Feuer gewittert hatten, und gingen mit dem brennenden Wagen in rasender Fahrt durch die offene Scheune davon. Dabei fingen die Garben in der Scheune Feuer, das nicht mehr gelöscht werden konnte.

Einer von der Erwerbslosenankunft erzählt...

Tagtäglich, Stunde für Stunde kommen sie zu uns, Alte wie Junge, hohlwangig und bleich, Frauen und Mädchen mit verweinten Augen — zu uns, der Erwerbslosenankunft, um sich Hilfe und Rat zu holen, wie sie sich gegen den ungeheuerlichen Unterstützungsraub der letzten Notverordnungen wehren könnten. Sie wollen sich Rat holen, wie sie der völligen Verelendung, dem langsamen Verhungern entgehen könnten.

Einige Beispiele Ihrer Not! Wir könnten Tausende anführen.

Anfangs — es ist schon lange her — bei Beginn der Erwerbslosenversicherungsgesetze erhielten die Arbeitslosen je nach ihren vom Arbeitsdienst gezahlten Zwangsbeiträgen zur Arbeitslosenversicherung 26 Wochen Unterstützung. Aber bereits die Brüning-Regierung kürzte in ihrer ersten Notverordnung die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen und dann ging es von Notverordnung zu Notverordnung im schnellen Tempo weiter, 16, schließlich 13 Wochen, und das alles unter Forderung der SPD und der Gewerkschaftsführung.

Dann kam die Regierung Papent! Und heute erhalten die Arbeitslosen 6 Wochen Alt, aber nicht mehr wie bisher in der Höhe ihrer gezahlten versicherungspflichtigen Beiträge, sondern „gemäß einer Bedürftigkeitsprüfung“.

Unterstützungs-Empfänger, die bisher wöchentlich 8 bis 18 Mark erhielten, sind auf einen Durchschnitt von 3 bis 6 Mark herabgesetzt worden. Viele sind einfach dem „Fürsorgeamt“ überwiesen worden. Besonders empfindlich werden von diesem Abbau die Jugendlichen betroffen. Wie man auch jungen Mädchen durch Erteilung von Pflichtarbeit (Zwangskurse) ein Interesse entgegenzubringen scheint. Aber wie sehen diese Pflichtarbeitsstellen aus? Junge Mädels werden einzelnen Kursen zum „Wäschewaschen“ überwiesen und erhalten die Zusicherung, in der betreffenden Arbeitsstelle ein Mittagessen zu bekommen. Es bleibt aber bei der Zusicherung. Die Mädchen sehen kein Essen und müssen mit hungrigen Magen, wie sie gekommen, gehen.

Und die Ärmsten der Armen, die Kriegs-, Invaliden-, Klein- und Sozialrentner?

Ein Beispiel! Ein alter Invalidenrentner erhält mit seiner 72-jährigen Frau 15 Mark Invalidenrente, 25 „Sozialrente“ und Hauszinssteuererlaß. Jetzt mußte man diesen alten kranken Leuten folgendes zu Abzug der Sozialrente am 1. Januar 1932: 7 Mark, Abzug der Invalidenrente am 1. April 1932: 6 Mark und das Unmögliche: Niederschlagung der Hauszinssteuer ab 1. August 1932: 7,20 Mark, d. h. den bereits Hungernden werden monatlich 20,20 Mark dem Lebensunterhalt entzogen.

Achtung! Schutzbundmitglieder

Montag, 22. August, 20 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstr.

haben alle vollzählig zu einer

wichtigen Mitgliederversammlung

zu erscheinen. Entschuldigungen werden nicht anerkannt. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Dazu kommt, daß er die volle Miete zahlen muß. Diesen Alten wirklich schon genug von der Not und dem Elend Angepackten — bleiben zwei Wege, entweder langsam zu verhungern oder sich durch eine „Flucht aus diesem Wohlfahrtsstaate“ allem Elend zu entziehen.

Immer sind es die bereits Ausgebeuteten, denen man alle Lasten aufhäuft, sei es durch Lohnabbau oder durch Unterstützungsraub. Die hohen Pensionen der hohen Beamten, Generale, Offiziere, die hohen Gehälter der Staatsbeamten, der Aufsichtsräte in Privat- und Staatsindustrie, sie hat bisher noch niemand abgebaut. Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft den proletarischen Ausweg aus der Krise zu beschreiten beginnt!

sofort an Ort und Stelle, wo bereits die Ermittlungen aufgenommen waren. Es stellte sich heraus, daß gegen 2 1/2 Uhr Frau Selma Pfeifer mit einem Kinde und ihrer Schwester Anna Prenzel in den ersten Stock des Gasthauses gegangen waren, um das Kind schlafen zu legen. Als sie das Zimmer betreten, kam ihnen ein junger Mann mit einer Pistole entgegen und schloß auf die Frauen. Frau Prenzel verletzte er durch einen Brustschuß so schwer, daß sie sofort ins Kreiskrankenhaus Bunzlau übergeführt werden mußte. Der Täter war durch Einstiegen von außen über einen Balkon in die Räume gelangt. Er hatte aus dem Zimmer einen Zehnmarkschein und 33 RM Silbergeld entwendet. Durch die Aussage einer Frau, daß sie einen Schornsteinfeger gesehen hätte, richtete sich die Spur nach Bunzlau, wo man noch in der Nacht den Schornsteinfegerlehrling Walter Bittermann festnehmen konnte. Eine Durchsuchung förderte die zur Tat benutzte Pistole, einen zweiten Revolver mit zahlreicher Munition, ein scharf geschliffenes Silett, eine Broschüre über die Behandlung von Sprengstoffen sowie das gestohlene Silbergeld zutage. Der Täter legte noch in der Nacht ein Geständnis ab. Schon vor etwa 3 Wochen hatte er in demselben Hause durch Einsteigen einen Diebstahl verübt, wobei ihm etwa 80 RM in die Hände fielen.

ORGANISATIONEN NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 557 68.

Proletarische Kulturgemeinschaft

Dienstag, 19 Uhr, wichtige Arbeitsschulung im Kleinen Holzstr. 3. Alles hat pünktlich zu erscheinen.

SJV

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3 Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Rote Wespen: Montag, 19 Uhr, Proba bei Cich., Königsgrützer Ecke Klosterstr.

Monistische Jugend (Zentrale): Heute, 20 Uhr, sind alle Sprechchorteilnehmer zur letzten Probe im Zentralheim.

für die Mitglieder kostenlos sind, bitten wir, die uns noch fernstehenden Gesinnungsgenossen unserer Gemeinde beizutreten, um der freigeistigen Sache zu dienen.

Feuerwehr kann wegen Wassermangel nicht helfen

Cosel, 20. August.

Die Feuerwehren des südlichen Teiles des Kreises Cosel wurden nach Chrost alarmiert, wo eine große Feldscheune in Flammen stand. Die Wehren waren zwar in kurzer Zeit zur Stelle, konnten aber so gut wie gar nicht helfen, da in der näheren Umgebung kein Wasser vorhanden war und nach dem 2 km entfernten Dorfe die Schläuche nicht reichten. In die vollständig niedergebrannte Scheune waren bereits über 200 Fuhren Weizen eingefahren. Bei anderer Windrichtung wäre ein katastrophaler Waldbrand nicht zu verhindern gewesen. Der Schaden wird auf über 10 000 Reichsmark geschätzt. Man vermutet Brandstiftung.

ROTE ANTENNE

Am Lautsprecher

Vom 21. bis 27. August 1932

Sonntag: 6.15: Hafengonzert. 7.00: Hörbericht vom Start zum Europaflug. 8.15: Morgenkonzert. 9.10: Wert der Sportmassage. 9.25: Unstinn und Sinn in der Schönheitspflege. 10.00: Evangelische Morgen-

feier. 11.00: Wiedereinweihung des Leuthener Alterdenkmals. 12.45: Mittagskonzert. 14.10: Hilfe den erwerbslosen Jugendlichen! 14.35: Familienkunde. 15.30: Jugendfunk. 16.00: Bunter Nachmittag. 18.00: Die Rettungswache arbeitet. 18.30: Kleines Drama nebenan. 18.50: Kleine Klaviermusik. 19.20: Für die Landwirtschaft: Sportresultate vom Sonntag. 19.30: Volkstümliche Musik. 21.30: Röhliches Geist. 23.15: Nachtmusik.

Montag: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 11.30: Schloßkonzert. 13.05—14.05: Mittagskonzert. 16.00: Kinderfunk. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.30: Das Buch des Tages. 18.10: Fünfzehn Minuten Französisch. 18.25: Bergerlebnis. 18.40: Gut oder Böse? 19.30: Abendmusik. 20.00: Rhapsodien. 21.10: Tannhäuser. 22.25: Funktechnischer Briefkasten.

SJV-Genossen! SAP-Genossen!

Am kommenden Montag, den 22. August, 20 Uhr, und Dienstag, den 23. August, 20 Uhr, findet bei Bräuer, Gabitzstraße 22 (neben dem Proleten) ein Kursus mit

Genossen Jacob Walcher-Berlin

statt über das Thema:

„Die Geschichte der Nachkriegsarbeiterbewegung“

Alle SJV-Genossen nehmen an dem Kursus als Pflichtveranstaltung teil. SAP- und Schutzbund-Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Unkostenbeitrag: für beide Tage für Jugendliche und Erwerbslose für Vollarbeiter

5 Pfg. 10 Pfg.

Paul Keller gestorben

Der Schriftsteller Paul Keller ist heute früh gegen 4 Uhr im Alter von 59 Jahren in Breslau verstorben. Paul Keller war am 6. Juli 1873 in Arnsdorf, Kreis Schwednitz, geboren. Am bekanntesten wurde sein Roman „Perlen vom Ich“.

Ein räubernder Schornsteinfegerlehrling

Bunzlau, 20. August.

Vor kurzem wurde ein Oberlandjäger in Bunzlau davon in Kenntnis gesetzt, daß in dem Gasthaus Steinbruch in Dobrau auf eine Frau ein Raubüberfall verübt worden sei. Der gleichfalls benachrichtigte Landrat Höhne begab sich mit dem Oberlandjägermeister

Sonntag 8 Uhr, sind alle Mitglieder und Sprechchorteilnehmer zur Begrüßung der auswärtigen VFG-Genossen, Grünstraße. Wir bitten alle am Vorabend des Gen. Machek über: „Der politische Gott“ Keller fehlt. Pünktlich erscheinen.

Freidenkerbund Gruppe West: Am Sonntag gehen wir auf Fahrt. Wir treffen uns pünktlich 5.30 Uhr am Letzten Keller. Alle ohne Koffer! Instrumente mitbringen.

Gruppe Sudo-Ost: Wir gehen heute auf Nachtfahrt nach dem Landheim und treffen uns um 20 Uhr in Schmiedefeld (Ordnung der Linie 4). Instrumente mitbringen. Gäste willkommen.

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau: Dienstag, 21. August, 20 Uhr, im Radioheim. Paredesstr. 17. Uebungsabend. Donnerstag, 23. August, 22.30 Uhr. Radiovortrag des Genossen Treutler.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband

Kupferschmelde: Sonnabend, 27. August, 19.30 Uhr, Zimmer 9.

Schiffbauerei: Sonnabend, 27. August, 19.30 Uhr, Zimmer 17.

Klempner und Hilfsarbeiter: Sonnabend, 27. August, 19.30 Uhr, Zimmer 9.

Metallarbeiter-Jugend

Heim 1: Dienstag, 19 Uhr, im Heim Gewerkschaftsheim: „Wir sammeln Mückenfett“ (Abendwanderung). Heim 2: Dienstag, 19 Uhr, im Heim Friedr.-Wilh.-Str. 45: Erlebnis auf Fahrt (Ezrod). Heim 3: Dienstag 19 Uhr, im Heim Seydlitzstr. Ecke Hohenzollernstr.: Im Osten nichts Neues (Preuß).

In allen Heimen müssen an diesem Tage endgültig die Anmeldungen zur Jugendvolkshöhe erfolgen.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe Breslau.

Donnerstag 23. August Ortsgruppenausfahrt nach Lilienthal auf die Rennbahn. Start 18 Uhr. Elbingerstraße, Straßenbahnendpot.

Abt. Friedewald: 27. August, Abteilungsabend bei Kosche) Hundsfelder Straße.

Abt. Stadtmitte: Wir treffen uns jeden Freitag an der Oder (Pumpstation).

Jugendabteilung: 22. August Tischtennis im Heim, Friedr.-Wilhelms-Straße 45.

24. August, Außenspiele im Stadion.

26. August, Abendspaziergang. Treffpunkt 20 Uhr, am Heim, Mehlgasse 19. Bei Regenwetter Heimabend Kindergruppe!

23. August erscheint alles auf der Spielwiese, Briggental.

25. August, Singspiel im Heim, Mehlgasse 19.

Kraftfahrersabteilung: 26. August, 20—21 Uhr, Zahlabend im Zentralheim, Westendstr. 50.

Bezirk II: Achtung Kraftfahrer! Sonntag, 28. August, findet unser Grenzlandtreffen in Göhlenu statt. Start ist um 6 Uhr, an der Schlesienschen Funktunde. Die umliegenden Ortsgruppen schließen sich unterwegs an.

Wochenprogramm der Naturfreundejugend

Sonnabend, 20. August: Tanzkreis, 20 Uhr, Rosenstraße 2. Letzter Anmeldungsabend für die Jugendvolkshöhe.

Sonntag, 21. August: Fahrt nach dem Ohliewiesen. Treffpunkt 6 Uhr, am Wappenhof.

Dienstag, 23. August: Lesabend der Theaterspieler 19.45 Uhr, bei Freund Mahr Rosenkranzstr. 55.

Mittwoch, 24. August: 20 Uhr, Rezitationsabend in der Benderschule.

Donnerstag, 25. August: Hüttensektion im Gewerkschaftsheim.

Freitag, 26. August: 16 Uhr, Stadion Außenspiele. Feld 5.

Sonntag, 27. August: Fahrt nach dem Rummelsberg (Strehlen). Preis 1,50 Mk. Jugendfahrchein. Treffpunkt 6 Uhr, Hauptbahnhof.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau, Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupnerstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telefon 206 02.

Besuchspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Dienstag: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 11.30: Konzert. 13.05: Russische Musik. 14.05: Mittagskonzert. 16.00: Kinderfunk. 16.30: Goethe-Lieder. 16.55: Unterhaltungskonzert. 18.30: Stunde der werktätigen Frau. Sprechstunden bei der Arbeiterwohlfahrt. 18.55: Heimkehr. 19.10: Ich helfe einem alten Herrn. 19.30: Abendmusik. 20.00: Leben deutscher Auswanderer 1918/1932. 21.10: Kleine Cellomusik. 22.40: Eindrücke von Sportreisen in schlesische Provinzstädte. 22.55: Tanzmusik.

Mittwoch: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 11.30: Konzert. 13.05—14.05: Mittagskonzert. 15.45: Während des Krieges in England. 16.30: Flötenkonzert. 17.15: Schlesiischer Humor. 17.30: Das Arbeitsproblem im Bienenstaat. 17.50: Das eigensinnige und trötliche Kind. 18.10: Das Recht der Lehrlinge und Volontäre. 18.30: Abendsingen. 19.00: Abendmusik. 20.00: Klassischer Operettenabend. 22.30: Tanzmusik.

Donnerstag: 6.00: Funkgymn. 6.20: Morgenkonz. 11.45: Konzert. 13.05: Mittagskonz. 14.05: Fürs kleine Volk. 16.00: Kinderfunk. 16.30: Konzert. 17.50: Auf der Walze. 18.10: Mit dem Auto durch die Kordilleren. 19.00: Besichtigung von Rundfunkübertragungen. 19.10: Abendmusik. 20.20: Altweibersommer. 21.10: Jugend erzählt. 23.15: Zehn Minuten Arbeiter Esperanto.

Freitag: 6.00: Funkgymn. 6.20: Morgenkonzert. 11.30: Blaskonzert. 13.05—14.05: Mittagskonzert. 16.25: Unterhaltungskonzert. 18.00: Stunde der Musik. 19.30: Abendmusik. 20.00: Volkinstrumente und Chöre. 21.10: Streichquartette. 22.35: Tanzmusik.

Sonnabend: 6.00: Funkgymnastik. 6.20: Morgenkonzert. 11.30: Konzert. 13.05—14.05: Schallplattenkonzert. 16.15: Kinderfunk. 16.30: Unterhaltungsmusik. 17.30: Drei Semester Beton. 17.55: Der Werkstudent in der Krise. 18.15: Altes und neues von dem Kleinen Planeten. Himmelsbeobachtungen im September. 18.40: Blick in die Zeit. 19.00: Abendmusik. 20.00: Gustav Adolf-Jahr 1932. 20.50: Großes Kabarett. 22.30: Tanzmusik.

Professor Piccard erzählt

Rom, 20. August.

Das B. T. bringt einen Bericht seines Korrespondenten über die Erlebnisse des Professor Piccard in der Stratosphäre.

Auf die Frage nach der genauen diesemal erreichten Höhe teilte Professor Piccard mit, daß der Höhenmesser genau 16 770 Meter gezeigt habe. Die Temperaturen in der Gondel hielten sich auf minus 16 Grad. Dies sei ein Fortschritt gegenüber dem ersten Stratosphärenflug, wo in der Gondel minus 40 Grad gewesen seien. Beim Abstieg über dem Gardasee hätten die beiden Luftschiffer, die über den Alpen die Kälte zu spüren bekommen, unter der furchtbaren Hitze gelitten. Über den Verlauf des Fluges selbst sagte der Gelehrte weiter: „Als wir über dem Gardasee waren, ließen wir uns in die Ebene treiben, um eine geeignete Landungsstelle ausfindig zu machen. Ich fürchtete, erklärte Professor Piccard, daß wir bei Riva nieder gehen würden, wo die Gefahr der elektrischen Kraftleitungen besonders groß ist. Um so mehr freute ich mich, als wir weiter nach Süden abgetrieben wurden, so daß ich über Cavallaro die Seile auswerfen konnte.“

Die Sicht war äußerst klar und deutlich. In einer Höhe von 16 000 Metern hatten wir einen herrlichen Blick über das ganze Alpenmassiv und gleichzeitig über zwei Meere.

Die Adria und das Tyrrenische Meer.“ Professor Piccard teilte schließlich, bevor er sich nach Desenzano begab mit, daß er mit Cosyns noch einen dritten Stratosphärenflug plane.

Er wolle das nächste Mal von der Hudson-Bay in der Nähe des magnetischen Nordpols aufsteigen,

um Untersuchungen über das Hervortreten magnetischer Kraftlinien beim Eintritt in die Stratosphäre und über das Verhalten der Höhenstrahlen dort anzustellen.

Während Professor Piccard mit den italienischen Fliegeroffizieren nach Desenzano fuhr, blieb sein Assistent Cosyns beim Ballon, um die Bergungsarbeiten zu überwachen.

Im Gegensatz zu Piccard, der den Journalisten nicht gleich Rede und Antwort stehen wollte, zeigte sich Ingenieur Cosyns nach der Landung recht gesprächig: „Unser Flug war wunderbar. Schade, daß man so eine Reise in die Stratosphäre nicht mit größerer Bequemlichkeit unternehmen kann, da die wissenschaftliche Arbeit an Bord nicht gestattet, die herrliche Aussicht aus 16 000 Metern Höhe, die unsagbar schön ist, richtig zu genießen. Man kann nicht gerade sagen, daß wir in der Gondel zu leiden gehabt hätten, aber es ist immerhin eine Anspannung, fast zwölf Stunden sozusagen im Dunkeln zu stehen, wenn alle Nerven zum Platzen angespannt sind und sich dabei mit Wunderdingen beschäftigen zu müssen. Sonst hat mich der Flug nicht allzu sehr erregt.“

Hart war allerdings der Abschluß, das Aufschlagen auf die Erde. Dabei zeigte Ingenieur Cosyns in die Gondel, deren Boden stark eingedrückt ist. Dort liegen noch einzelne Lebensmittel: Feigen, Bananen, Wasserflaschen, Kaffee und ein Gewirr von Seilen und Kleidungsstücken, auch die merkwürdigen Kopfbedeckungen, die zu vielen Witzen Anlaß gegeben hatten. Was an den Apparaten beschädigt ist, läßt sich bei dem in der Gondel herrschenden Halbdunkel nicht erkennen. Als der Präfekt von Mantua Piccard nach dem Flug fragte, antwortete der Gelehrte mit einer Gegenfrage: „Wie weit sind wir noch von der Adria entfernt?“

Auf die Antwort, daß es noch etwa 130 Kilometer bis ans Meer seien, meinte Piccard: „Um so besser.“ Ich befürchte schon, daß wir auf offener See niedergehen müßten. Er erzählte dann, daß die höchste Quote drei Stunden nach dem Aufstieg erreicht



Professor Piccard

worden sei. Die genaue Höhe werde erst nach Prüfung der Apparate, die bis auf ein Tausendstel Millimeter anzeigen, angegeben werden können.

Ist das wahr?

Dieser Tage wurde in der „Roten Fahne“ berichtet, daß bei der Firma C. Lorenz in Berlin der rote Betriebsratsvorsitzende Walter Höcker gemahnt worden sei. Es wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß die Belegschaft diese Provokation „unmittelbar mit einer Betriebsversammlung im Betrieb beantwortet“ und beschlossen habe, am Montag, den 15. August, erneut eine Betriebsversammlung abzuhalten, um „Kampfmassnahmen“ zu beschließen.

Eine Solidaritätsaktion der Belegschaft für ihren gemahnten Betriebsratsvorsitzenden, so wie sie hier in der „R. F.“ geschildert wurde, ist gewiß sehr nützlich und notwendig. Und mit Recht wird auch oft in der KPD-Presse kritisiert, daß die Gewerkschaften bei Mafregelungen von Betriebsräten keinerlei Massenwiderstand organisieren, sondern die Sache nur an das Arbeitsgericht abschleppen. Insoweit wäre also das Vorgehen der KPD im Lorenz-Betrieb sehr zu begrüßen.

Nun teilt aber der „Vorwärts“ mit, daß zwar die Mafregelung des roten Betriebsratsvorsitzenden stimmt, aber daß der weitere Bericht der „R. F.“ über Betriebsversammlungen von A-Z erfunden sei. Es hätte weder sofort nach der Entlassung noch am Montag eine derartige Versammlung stattgefunden, vielmehr hätte die KPD bzw. der „rote“ Metallarbeiterverband „den gemahnten Betriebsratsvorsitzenden im Stich gelassen und schmählich vor der Firma kapituliert.“

Wir können nicht glauben, daß die Angaben in der „Vorwärts“-Notiz richtig sind. Da sie aber zweifellos durch die ganze SPD- und Gewerkschaftspresse nachgedruckt werden wird, so fordern wir die „R. F.“ auf, sofort eine hieb- und stichfeste Darstellung in dieser Angelegenheit zu bringen.

Französischer Revolutionär stellt sich dem Gericht

Paris, 18. August.

Der kommunistische Schriftsteller Henry Guilbeaux, der im Februar 1919 in Abwesenheit von einem französischen Kriegsgericht wegen angeblicher Spionage zum Tode verurteilt wurde, ist heute aus dem Ausland plötzlich nach Paris zurückgekehrt und hat sich in Begleitung zweier Advokaten dem Generalstaatsanwalt gestellt.

Paris, 18. August.

In der Angelegenheit Henry Guilbeaux ist bereits eine Entscheidung getroffen worden. Das Militärgericht hat dem Generalstaatsanwalt mitgeteilt, es erwarte, daß Guilbeaux sich ihm stelle. Guilbeaux hat sich deshalb im Laufe des Mittags zum Militärgericht begeben, wo ihm von einem Obersten das Urteil vom 21. Februar 1919 zur Kenntnis gebracht wurde, durch das er zum Tode verurteilt worden ist. Hierauf wurde Guilbeaux verhaftet. Am kommenden Mittwoch wird er zum ersten Mal vom Untersuchungsrichter vernommen werden. Nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung muß gegen einen in contumaciam (in Abwesenheit) zum Tode Verurteilten bei seiner Rückkehr ein neues Verfahren eröffnet werden. Guilbeaux wird von dem bekannten Strafverteidiger und jetzigen Abgeordneten Henry Torres verteidigt werden.

Henry Guilbeaux gehörte schon während des Weltkrieges zu den wenigen Intellektuellen, die den Mut hatten, in schärfster Form gegen Krieg und Militarismus Stellung zu nehmen. Er kämpfte damals in gleicher Front mit Henry Barbusse, Lenin, Karl Liebknecht und hatte dafür begrifflicher Weise schwere Verfolgungen zu erdulden. So ist das damals gegen ihn ausgesprochene Todesurteil nur zu verständlich.

Guilbeaux lebte seit Kriegsende im Auslande, meist in Berlin. Weshalb er sich jetzt den französischen Gerichten stellt, ist nicht bekannt. Wir vermuten, daß ihn der Wunsch getrieben hat, durch eine Wiederaufnahme seines Prozesses die Freisprechung zu erlangen und dann die Möglichkeit zu haben, in Frankreich im Sinne des revolutionären Kommunismus zu wirken. Es ist zu erwarten, daß schon der Prozeß vor dem Pariser Gericht von Guilbeaux für den Kampf gegen Krieg und Kapitalismus ausgemerzt werden wird.

Ein neuer Transozeanflug

New York, 19. August.

Der amerikanische Flieger Mollison hat seinen Transozeanflug glücklich vollendet. Er landete heute nachmittag glatt in Pennsylvanien bei St. Johns in Neubraunschweig.

New York, 19. August.

Der amerikanische Flieger Mollison, der, wie gemeldet, heute nachmittag in Pennsylvanien bei St. Johns in Neubraunschweig landete, hat die rund 4023 Kilometer lange Strecke Dublin-Halifax in 24 Stunden zehn Minuten zurückgelegt. Sein Flug ist insofern bemerkenswert, als er die erste Überfliegung des Atlantischen Ozeans durch einen leichten Eindecker darstellt. Mollison, der sofort nach der Landung in Pennsylvanien seine Frau, die Fliegerin Amy Johnson, von dem Gelingen des Transozeanfluges Benachrichtigte, wird zunächst eine kurze Rast halten, um sich von den Strapazen des Fluges auszurufen und dann, wie bereits angekündigt, nach New York weiterfliegen.

Vier Tote bei einem Flugzeugabsturz

Rom, 19. August

Ein folgenschwerer Unfall, der vier Todesopfer forderte, ereignete sich gestern während eines Übungsfluges. Ein Flugzeug geriet in 40 Meter Höhe ins Trudeln. Es stürzte ab und fiel auf ein Bauernhaus. Die beiden Piloten waren sofort tot. Der Benzintank des Flugzeugs explodierte und setzte das Haus in Brand. Das Feuer breitete sich so schnell aus, daß zwei kleine Mädchen, die in dem Hause spielten, nicht mehr gerettet werden konnten und in den Flammen umkamen. Zwei Bauernfrauen erlitten erhebliche Brandverletzungen.

Ihre Kinder ins Wasser geworfen

Striegau, 19. August.

Eine auf dem Vorwerk Jahnisdorf bei Gäßersdorf wohnende Ehefrau hat am Donnerstag ihre beiden Kinder im Alter von drei und fünf Jahren in die sogenannte Schafschwemme geworfen. Beide Kinder ertranken. Darauf lief die Frau zum Oberlandjäger und gestand ihre Tat. Dann öffnete sie sich mit einem Rasiermesser die Pulsadern. Sie wurde sofort verbunden und ins Kreiskrankenhaus nach Striegau übergeführt. Ueber die Motive ihrer Tat ist noch nicht bekannt. Die Leiche des einen Kindes ist noch gestern abend, die des anderen heute früh geborgen worden.

Blitz schlägt in Moschae

Belgrad, 19. August.

Ein heftiges Gewitter, das sich gestern abend über Pec, einer in der Nähe der albanischen Grenze gelegenen Stadt entlud, richtete durch das Zusammentreffen mehrerer unglücklicher Umstände heftige Zerstörungen an. Ein Blitz schlug in das Minarett gerade in dem Augenblick, als der Muezzin die Gläubigen zum Gebete rief. Der Muezzin war auf der Stelle tot, ein zweiter Blitz, der dem ersten unmittelbar folgte, schlug in das Dach der daneben liegenden Moschee und schmolz die Bleiungießungen der Dachziegel. Die Folge davon war, daß die Moscheekuppel einströte und zahlreiche Gläubige unter sich begrub. Drei Tote und viele Schwerverwundete wurden aus den Trümmern hervorgeholt.



„Ein bißchen Liebe für Dich“ im Capitol.

Der Kritiker ist wirklich ein geplagtes Geschöpf — besonders in diesen heißen Sommertagen — aber noch mehr, wenn wieder einmal eine kleine Stenotypistin ihren Chef heiratet. Es ist immer dasselbe und doch ist mit „Ein bißchen Liebe für Dich“ ein äußerst sauberer, mit vielen neuen Einfällen versicher Operettenfilm geschaffen worden. Gewiß es ist ein typisches Produkt der bürgerlichen Filmindustrie — und doch sieht man sich lieber eine solche Operette im Film als auf der Schaubühne an. Das Quartett ausgezeichnete Schauspieler, Magda Schneider, Hermann Thimig, Lee Parry, Georg Alexander, kann man einzig und allein mit dem Ausdruck scharfem (liebenswürdig) bezeichnen. Ein Operetten, wirklich für die heißen Tage geschaffen. K—ny.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50. Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verbreitung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Ich erteile dem Genossen Ledebour das Wort!“ Ledebour hat als einer der ersten Parlamentarier in den Obleuten den Vortrupp der kommenden Revolution erkannt und für die Unabhängige Partei eine enge Fühlung mit diesem Kreis aufrechterhalten. Er schließt sich jetzt den Ausführungen Däumigs über die militärische Lage an und weist, wie die Zwischensprecher, auf die Gefahr hin, die ein Hinauszögern der Aktion in sich trägt.

Nach Ledebour spricht ein zweiter Unabhängiger: „Es ist klar, daß wir nicht ohne bis ins letzte durchgeführte Vorbereitungen in den Kampf eintreten dürfen. Wir haben es in Berlin mit der stärksten Position der Regierung zu tun. Und wir müssen uns vorgewarnen, ob genügend Kräfte hinter uns stehen. Insbesondere müssen wir erst des Militärs sicher sein. Alles steht auf dem Spiel.“

Genossen, ich warne vor überstürztem Handeln. Die Unabhängigen, die hart an den Grenzen des Erlaubten den Stimmungen der Arbeiter- und Soldatenmassen durch Parlament und Presse Ausdruck gaben, haben im gleichen Maße, in dem die Massen kriegsmüder wurden, sich von der Politik der alten Machthaber abgekehrt. Ihre Reden wurden radikaler, und sie trachteten danach, auf möglichst legalem Wege die Regierung und die Führer der alten Partei zu stürzen und die Staatspositionen und Ministerstellen mit ihren Leuten zu besetzen. Zur Erreichung dieses Zieles konnten die Obleute ihnen der beste Hebel

werden. Aber sie wollen das Ziel mit geringstem Risiko erreichen. An der Schwelle der Revolution zögern sie.

Die Obleute unterbrechen den Redner. „Nanu? Hast wohl 'n Bammel!“ „Wenns soweit ist, wird gebremst!“ „Immer drauf los — wie ich und der Richard mit der Munitionskiste!“

„Wenns nach den Generälen geht, dann bereiten wir solange vor, bis wir alle im Massengrab liegen!“ Liebknecht meldet sich zum Wort.

Karl Liebknecht — Sohn Wilhelm Liebknechts. Und mehr: er hat seinen eigenen Weg hinter sich. Als er am 4. August 1914, dem Mehrheitsbeschluss gehorchend, mit den übrigen Sozialdemokraten für die Kriegskredite gestimmt hatte, kam er mit Tränen in den Augen in das Fraktionszimmer zurück. Demals sagte Rosa Luxemburg ihm, er hätte die Parteidisziplin durchbrechen und einzig und allein seinem Gewissen folgen müssen. Diesen Weg des Gewissens ging er selbst. Der zweiten Kriegsanleihe verweigerte er seine Stimme. Schon im Jahre 1915 hatte er eine kleine illegale Gruppe von Revolutionären um sich gesammelt. Er wurde aus der Fraktion ausgeschlossen, zum Militär eingezogen und als Armierungssoldat an die Front geschickt. Anfang 1916 verschickte er einen „politischen Brief“, den er mit dem Pseudonym „Spartakus“ zeichnete. Und am 1. Mai 1916 stand er als erster öffentlicher Ankläger in Berlin auf dem Potsdamer Platz und hielt, von einem Häuflein Demonstranten umgeben, eine Rede gegen den Krieg. Er wurde verhaftet und verschwand ins Zuchthaus Luckau.

Karl Liebknecht: Armierungssoldat! Zuchthäuser! Tribun der Revolution! Da steht er und spricht: „... durch Erzählungen habe ich von Ihrer Existenz, von der Existenz einer revolutionären, illegalen Organisation gehört. Aber ich muß schon sagen, daß ich enttäuscht bin von Ihren Taten. Ich muß sagen, daß ich mir das Tun und das Tempo

anders vorstelle. Am Mittwoch kam ich, und es fand jene gewaltige Demonstration statt, wie Berlin mit gleichem Elan noch keine gesehen, nachdem am Tage vorher eine von derselben Begeisterung getragene Demonstration vor dem Reichstag und Unter den Linden stattgefunden hatte. Seit drei Tagen bin ich hier, und noch hat keine erneute Demonstration stattgefunden.“

Die Obleute sitzen schweigend auf ihren Plätzen, die Blicke auf das eingefallene Gesicht Liebknechts gerichtet, das im Licht der einzigen, grünlich brennenden Gaslampe noch fahler erscheint, als es in Wirklichkeit ist. Emil Barth hat seinen Kniesessel abgenommen, die Gläser gepustet und ihn dann wieder aufgesetzt. Besorgt beobachtet er seine Genossen — heute muß sich entscheiden, ob die Obleutenbewegung ihrer Linie treu bleiben will. Barth hat sich immer gegen Teilkaktionen und gegen jede Versetzung der Kräfte gewendet. Nach den getrennten Aufgaben der Propaganda, des Nachrichtendienstes, des direkten Kampfes hat er die Organisation in verschiedene Abteilungen gegliedert. Er beschaffte Geld zum Ankauf von Waffen, machte ausgehende Fahrten durchs Land, um die Fäden weiter zu spinnen, jagte von einer Sitzung in die andere und bereitete alles auf den einen großen Schlag vor. Seit neun Monaten hat er nicht mehr ruhig geschlafen. Betäubt von Plänen und nicht abreißen lassen Kombinationen schlich er nach durchwachten Nächten aus der tabakverräuchernden Küche seiner Neuköllner Wohnung in das Nebenzimmer, in dem seine Frau und seine beiden heranwachsenden Söhne schliefen. Oft fiel er noch halbangezogen ins Bett, um beim Erwachen gleich wieder aus dem Haus zu laufen und die konspirative Tätigkeit fortzusetzen. Und jetzt, wo die Macht seines Gegenspielers, Ludendorff wie ein Kartenhaus zusammenbricht, wo der psychologische Moment für die Durchführung seiner großen Pläne gekommen ist — in diesem entscheidenden Moment taucht Karl Liebknecht auf.

Die Obleute haben 20 000 Arbeiter auf die Belegschaft, um Liebknecht am Anhalter Bahnhof zu empfangen. Barth hat während

Liebknechts Triumphzug durch Berlin an seiner Seite auf dem Rollwagen gestanden. Vorgestern war er Gast in der russischen Botschaft auf dem Abend, der zu Ehren Liebknechts gegeben wurde. Livrierte Diener, mit Damaststapeten bespannte Säle, die lange Festtafel mit roten Seidenschleifen, mit Rosen und Nelkensträußen überschüttet. Und die Gesellschaft, die geistigen Spitzen der Revolution, die Trinksprüche — zum Kotzen geradezu, dieses gegenseitige Bewehrtauchen und Anhimmeln, das war ja widerlich! Der russische Botschafter erhob sein Glas und führte aus: „... zur selben Stunde marschieren in Moskau Hunderttausende mit Packeln nach dem Roten Platz vor dem Kreml, um Liebknecht zu ehren, den Verkünder, den Schöpfer der brüderlichen deutschen Revolution, den Helden des revolutionären Proletariats Deutschlands und der Welt!“

Liebknecht, der Schöpfer der Revolution, der Held des deutschen Proletariats, — und ihn, Barth, hatten sie ganz unten an den Tisch gesetzt, neben den einarmigen Globig und neben andere namenlose Proletarier.

Die Stimme Liebknechts wird anklagender: „Das ist unglaublich, das ist unverantwortlich! Aber unglaublicher und unfassbarer ist mir, daß Sie heute hier zusammensitzen und nicht beraten, wie die morgige und die im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Demonstrationen zu gestalten sind. Wie wird denn revolutionäre Energie, revolutionärer Tatendrang erzeugt? Glauben Sie etwa durch mündliche Propaganda in soundsovielen verschwiegenen Zusammenkünften...“

„Und unsere Tätigkeit in den Betrieben? Und die Bewaffnung der Arbeiterschaft?“

„Auch durch die Bewaffnung von einigen Tausend wohl energischer, das Leben mit fröhlicher Begeisterung wagender Genossen, denen man die Waffen in die Hand drückt, aber mit der Anweisung, dieselben nur zu gebrauchen, wenn es ihnen befohlen wird — nein, auch dadurch werden wir der Revolution nicht näher kommen.“

„Nein! Und tausendmal nein!“

Liebknecht heftet seinen Blick auf Emil Barth.

(Fortsetzung folgt.)

Wo decke ich meinen Bedarf?

ZENTRUM

Angel-Geräte, Wäscheleinen und Bindfäden
im Spezialhaus Kaschuba & Döring G. m. b. H.
Oderstraße 30

Drogen
Farben
Foto
Matthias Garten-
straße 10

Kauf bei Blasse!
Blasse ist billig!

Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

Sport und Funk

billigste und beste Bezugsquelle für alle
Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
(neben der Dorothienkirche)

Werbt Abonnenten!

Genossen
Beachtet
unsere
Inserate!

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche** — Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsstark in Leder- und Schuhbodenarbeiten!
Bräunsdener Straße 19/21 • Bohrauer Straße 43 • Poststraße 7 • Moltkestraße 14

SUD U. SUDWEST

Kolonialwaren — Spirituosen
Edel-Geschäft Martin Fleischer, Augustastraße 20.

Kauf Lücke, Farben nur beim Fachmann

Erich Hoffmann
jetzt Bohrauerstraße 38
Telefon 35279

Jeder Genosse, jede Genossin

wirbt einen Abonnenten für unsere

S A Z

Erste
Breslauer Lohnwäscherei

liefert Ihnen im Beisein der Hausfrau
in ½ Tage die große Wäsche schrankfertig!
Großer, geschützter, sonniger Trockenplatz
steht Ihnen zur Verfügung.
Rufen Sie noch heute an!

Arnold Schmidt
Fernruf 341 53 Hubenstr. 2, Tor 7

ODERTOR U. SCHEITNIG

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“
Richard Ellison
Matthiasstraße 161/163

Bäckerei u. Konditorei **Karl Pusch**
Hedwigstraße 22
Filiale: Sternstraße 122 — Carlwitzermarkt 11

Richard Gelse ff. Fleisch- u.
Wurstwaren
Hilmarstraße 24

Fahrräder bei mir schon ab
Bereitungen, Ersatz- und Zu-
behörteile ganz besonders billig **3150**
Achten Sie genau
auf die Adresse **Paul Eichler Adalbertstr. 26**

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren
Gertrudenstr. 2 9%

Reserviert!
Nr. 101

Richard Karsunky & Co
Möbel
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
nur bei Bruno Kastner, Adolfstr. 14

Alles für Haus und Küche
nur im **Kaufhaus am Dom**
immer billig und gut.
(Bei Abgabe der Zeitungskopie Extrarabatt)

OHLAUER TOR

O. Müller Lebensmittel
Mühlensfabrikale
Molkereiprodukte
Vorwerkstraße 9, Ecke Grünstraße

Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 133

Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Mühlensfabrikale, Spirituosen
Vorwerkstraße 75, Ecke Löschstraße

Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
Klein-Tschansch
Karl-Marx-Str. 33

BRIEG

Wilhelm Hein
Fleischmeister • Mollwitzerstr. 20
ff. Fleisch- und Wurstwaren

K. Nafe
Kolonialwaren • Kurzwaren
Neuhäuserstraße 42

Konrad Welk • Fleischmeister
Fischerstraße 9 Niedrigste Preise

Fleisch - Wurst bei
FRITZ FEHST
Schwarzer Weg 49

Reserviert!
Nr. 102

Julius Greulich Kolonialwaren
Mühlstraße 8 Bäckerei!

Reserviert!
104

Kurt Raabe Schüsseldorf
(früher Kreiswitz)
Tägl. frische Milch, Butter, Käse nach Brieg

Paul Zwierner
Fabrik ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Frühstückstube • Bierauschank
Burgstraße 2

Reserviert!
105

„Gasthaus zum goldenen Schiff“ Inhaber: **Traff** • aller werktätigen Genossen
Oskar Wittke u. Arbeitersportler / Holzmarkt 2

OELS

Molkerei • Oels-Juliusburg
empfiehlt täglich ihre frische Molkereibutter

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Max Schapke, Ring 54

Kaufhaus J. Tockuss

Werbt Abonnenten

Vorteilhafte Bezugsquelle für
Herren- und Knaben-Bekleidung
Richard Bernstein • Ring 53

S. Ritter, Kaufhaus
Oels i. Schl.

Martin Ahrend, Bäckermeister
Brot- und Feinbäckerei mit Kraftbetrieb
Oels i. Schles., Mailsonstraße

BEZ. OBERSCHLESISIEN

Dampf-Molkerei Ratibor Tafelbutter, Schlagsahne. **Werbt**
Inb. Albert Konkart • Salzstr. 10 Speisequark, div. Tafelkäse **Abonnenten!**
Vertrieb von Flaschenmilch

Zellus Kochmann
Dampffertigung • Likörfabrik
Wol-großhandlung
Hindenburg O.-S.
Gegründet 1879
Fernruf Nr. 2883

Ludwig Honisch
Bäckerei, Kolonialwaren
Ratiborhammer

Rotsiegel Seife

Kennen Sie den besten **Sammelwert der Siegelmarken?**
Sie erhalten bei Einlösung von Marken im Gesamtwert von
RM. 15.— = 1 Paar moderne **Damenstrümpfe** I. Wahl
oder auf Wunsch in bar unseren entsprechenden Selbstkosten-
preis beim **Großverkauf** RM. 1.75 bzw. 1.25.
Fordern Sie von Ihrem Kaufmann eine Strumpfbestellkarte.

GÖRLITZ

Hausfrauen
kauft eure Fleisch- und
Wurstwaren nur bei der

Heyl'schen Güter-Verwaltung
Görlitz, an der Frauenkirche

Wir sind immer billig und gut

Damen-, Herren- u. Kinder-Konfektion
Textilwaren und Schuhwaren
Görlitzer Bekleidungshaus
Opitz & Ickowicz
Görlitz, Berlinerstr. 63, neben d. Städt. Sparkasse.

Fahrräder u. Ersatzteile • Sprechapparate • Radio
alles billigst
Theodor Bürsel, GÖRLITZ
Obermarkt 2

Dampfwäscherei
Görlitz, Dresdenerplatz 9, Ruf 3168
auch einzelne Stücke!

... und stets nur den guten
Klingenberg-Kaffee
täglich frisch geröstet
6% Rabatt in blauen Marken!

UNION-THEATER

Görlitz
Das Haus der klaren reinen Wiedergabe.
Besuchen Sie das Union-Theater!
Wir bieten Ihnen stets ein interessantes Programm.
In Vorbereitung:
Der Hexer | Frau Lehmanns Töchter
Johann Strauß | Jonny stiehlt Europa

Genossen
besucht nur
die Lokale
unserer
Inserenten

Im
„Capitol“ und „Pa-Li“
Görlitz

Moderne Tonfilm-Bühnen
stets Spitzenfilme

... und nach dem Kinobesuch in die beliebten
„Rüdiger-Gaststätten“
Berlinerstraße 32 • GÖRLITZ • Bräderstraße 1

Südstadt-Lichtspiele

Görlitz, Kunnerwitzer Straße
das Theater für Alle!
bringt täglich die neuesten Ton-
Filme, bei kleinen Preisen
Ausgewählt gut zusammengest. Besprogramm
Beginn täglich 4⁰⁰ 8⁰⁰ 8¹⁵

Reserviert G.!

8% **Lebensmittel** 5%
Rabatt l. M. oder sofort in bar

KAFFEE HAT SCHON
Johannes
Müller
Schützenstr. 2
2. Verkaufsstelle Nelsstraße 17

Papierwaren am billigsten
Görlitz, Schützenstr. 4

Genossen und Genossinnen!
Welcher Geschäftsmann legt Wert
auf Eure Kundschaft und Euer Geld?
Nur der, der bei uns inseriert,
deshalb kauft nur bei unseren Inserenten!

Der neue Krieg zwischen Bolivien und Paraguay

Wieder einmal wütet ein Krieg ohne Kriegserklärung. Diesmal zwischen Bolivien und Paraguay. Während noch die Diplomaten über die „Beilegung des Konflikts“ verhandeln, während der Staatspräsident Paraguays den Krieg für einen Unsinn erklärt, donnern bereits die Kanonen, und die Truppen der beiden Länder greifen einander an mit zunächst wechselndem Erfolg, aber mit vielen Toten und verwundeten Soldaten auf beiden Seiten. Zuerst eroberten die bolivianischen Truppen das Fort Piltantuta. Es wurde einige Tage später von Paraguay zurückerobert und ein bolivianischer Angriff auf das Fort Falcon angeblich abgewehrt. Das sind die ersten Heeresberichte. Nach sechsmonatigem Kreischen der „Abstimmungskonferenz“ wurde somit nimmlich ein neuer Krieg geboren.

Der Streit geht um die Besitzergreifung des Gran Chaco, eines großen, unbewohnten Gebietes, das jedoch

sehr reich an Petroleum ist und deshalb in der von der Standard Oil in der La-Plata-Zone durchgeführten Oelpolitik einen großen Platz einnimmt. Um jedoch alle Faktoren zu verstehen, die zum Kriege hinführen, ist es unbedingt notwendig, etwas über die beiden Länder, ihren kolonialen Charakter und die anderen Verhältnisse, die den Ausbruch des Krieges erleichtern, zu sagen. Dies ist um so wichtiger, als es sich hier um den Anfang des bewaffneten Kampfes zwischen dem Pfund Sterling und dem Dollar handelt.

Bolivien

Wenn auch die Bevölkerung dieses Landes nur auf drei Millionen geschätzt wird — wovon zwei Millionen Indianer und eine halbe Million Mischlinge sind —, so hat es doch einen Flächeninhalt so groß wie Deutschland, Frankreich und England zusammen. Der Hauptindustriestrom ist die Zinnproduktion. Bolivien ist

der zweitgrößte Zinnproduzent der Welt. In der bolivianischen Wirtschaft spielt das Zinn die Hauptrolle. Im Jahre 1929 fielen von insgesamt 684 Millionen „Bolivianos“ Einkommen aus den Ausfuhrzöllen 6,5 Millionen auf die Ausfuhr von Zinn. Um sich ein Bild von der Bedeutung des Zinns in der bolivianischen Wirtschaft zu machen, braucht man nur daran zu erinnern, daß Ende April 1932 eine auf der Grundlage der möglichen Preisschwankungen für Zinn auf dem Londoner Markt aufgetriebene Scheine für die offizielle Notierung der bolivianischen Währung eingeführt wurde. Außer dem Zinn gibt es in Bolivien ausgedehnte Petroleumfelder, die zum größten Teil Eigentum der Standard Oil sind, aber fast noch gar nicht ausgebeutet werden.

Bolivien ist ein halbkoloniales Land, das vor allem vom nordamerikanischen Imperialismus beherrscht wird. Die im Ausland aufgelegten Anleihen wurden fast alle von den New Yorker Banken gewährt. Die gesamten

Von der Broschüre

„Prolet greif zu!“

Ist zur Zeit noch ein kleiner Posten beim Parteivorstand vorhanden. Diese Broschüre kann auch heute noch sehr gut verkauft werden. Bestellungen müssen aber sofort aufgegeben werden, damit sie evtl. zum Teil erledigt werden.

Parteiivorstand der SAP,
Berlin O. 27, Magazinsfrage 15/16.

in Bolivien investierten ausländischen Kapitalien werden von der „Panamerikanischen Union“ auf annähernd 200 Millionen Dollar berechnet; davon entfallen 123 Millionen auf die Vereinigten Staaten, 43 Millionen auf Großbritannien und 10 Millionen auf Frankreich. Die Vereinigten Staaten haben sich Bolivien wirtschaftlich und politisch entweder durch unmittelbare Investitionen in Höhe von 61,6 Millionen Dollar (wovon 40 Millionen in den Bergwerken angelegt sind) oder durch Staatsanleihen in Höhe von 60 Millionen unterworfen. Eine Folge der von Wallstreet gewährten Anleihen war die unmittelbare politische Kontrolle, die ihren Ausdruck findet im Bestehen einer permanenten Kommission nordamerikanischer Bankiers, die den Haushalt und alle Ausgaben der bolivianischen Regierung kontrolliert. Das englische Kapital ist vor allem in den Eisenbahnen und in geringerem Maße in den Bergwerken, Petroleumfeldern usw. angelegt. Die französischen Kapitalien sind in den Bergwerken und einigen öffentlichen Unternehmungen investiert.

Die drei größten imperialistischen Unternehmungen — außer der Eisenbahnlinie Antofagasta-Bolivien, die den Engländern gehört und die die rentabelste Eisenbahn ganz Südamerikas ist — befinden sich in amerikanischen Händen. Diese drei größten Unternehmungen sind die Compagny of Bolivia (Standard Oil), die 30 000 Quadratkilometer Petroleumfelder als Konzession erhalten hat; die „Patino Mines and Enterprise Corporation“, die von dem Bolivianer Patino, Ehrenpräsident des Internationalen Zinnkartells, geleitet wird und die

eine Art Staat im Staate bildet (diese Gesellschaft besitzt eigene Dörfer mit Kirchen, Schulen und Krankenhäusern, ihre eigenen Eisenbahnen, das Tabak-, Alkohol- und Koka-Monopol auf ihrem Territorium; sie besitzt auch ihre eigene Post und Polizei!), und endlich die Bergbaugesellschaft der Gebrüder Guggenheim.

Die Klassenbeziehungen in Bolivien sind stark mit Überresten des Feudalismus und der Sklaverei durchsetzt.

Die unerhörte Ausbeutung in den Bergwerken führt zu einer buchstäblichen Ausflutung der Indianer.

Die Bergarbeiter müssen ohne Unterbrechung 24 bis 36 Stunden in den Gruben schuften. Dabei erhalten sie wahre Elendlöhne. Nur durch beständiges Kaufen von Kokablättern (aus denen man das Kokaïn gewinnt) können sie diese unmenschliche Ausbeutung eine Zeitlang aushalten. Nach ein oder zwei Jahren dieser Sklaverei müssen die eingeborenen Bergarbeiter, die bei ihrer Einstellung von der ärztlichen Kommission der Bergwerksgesellschaft untersucht und als gesund und kräftig befunden worden waren, die Arbeit aufgeben und sich schwer tuberkulös in ihre Heimatdörfer zurückziehen, wo sie elend zugrunde gehen.

Auf dem flachen Lande herrschen feudale Ausbeutung und Sklaverei. Auf den großen Gütern, „gamonales“ genannt, gibt man den Landarbeitern ein kleines Stück Land, das sie für ihren Unterhalt bebauen dürfen. Als Gegenleistung müssen sie sich verpflichten, zusammen mit ihren Familien, einschließlich der Frauen und Kinder, während fünf oder sechs Tagen in der Woche die Ländereien des Großgrundbesitzers zu bebauen. Für diese Arbeit werden sie nicht entlohnt. Höchstens erhält das Familienoberhaupt einige Centimos. Dazu kommt noch eine große Anzahl persönlicher Leistungen, u. a. die „pongo“, die mehr als alle anderen den Halb der eingeborenen Landarbeiter entsetzt und die darin besteht, ungeheure Distanzen als Postbote für die Kommissionen und für den Großgrundbesitzer zu durchlaufen. Und dies ohne Entgelt! Trotz der Gesetzgebung der „demokratischen“ Republik besteht noch de facto das „jus primae noctis“. Vor einiger Zeit beschrieb eines der größten bürgerlichen Organe von La Paz die körperlichen Züchtigungen, denen die Landarbeiter auf diesen „gamonales“ ausgesetzt sind und die bis zur Kastration und Totschlag gehen. Diese Zeitung berichtete ebenfalls, daß ein Großgrundbesitzer die Landarbeiter seines Gutes wie Sklaven für 50 bolivianische Pesos, d. h. für weniger als 10 Dollar, verkaufte.

Es bestehen auch noch zahlreiche Indianer-„Gemeinschaften“, Überreste der primitiven patriarchalischen Gesellschaftsform. Diese „Gemeinschaften“ werden noch immer von ihren Ländereien vertrieben. Auf diese Art werden neue Arbeitskräfte für die mörderischen Bergwerke gewonnen. Infolge dieser Drangsalierung der Indianerbevolkerung kommt es periodisch zu Erhebungen, die sich manchmal zu wirklichen Bauernkriegen entfalten. Es genügt, an die Erhebung der 15 000 Indianer zu erinnern, die 1928 ausbrach und während der über 700 Indianer getötet und über 1000 verwundet wurden.

Die Krise der kapitalistischen Welt hat sich auch auf Bolivien ausgewirkt und alle imperialistischen und inneren Gegensätze verschärft. Am schwersten hat die Zinnindustrie infolge des Ausfalls und Preisrückganges gelitten. Während Anfang 1927 der Preis einer Tonne Zinn 325 Pfund Sterling betrug, fiel er in den ersten Monaten 1932 auf nurmehr 117 Pfund Sterling. Die bolivianische Zinnausfuhr ging 1931 gewichtsmäßig um 20 Prozent gegenüber 1929 und um 33,7 Prozent gegenüber 1929 zurück; wertgemäß — ohne Berücksichtigung der Entwertung der bolivianischen Währung — um 33,7 Prozent gegenüber 1930 und um 69,13 Prozent gegenüber 1929. Im ersten Vierteljahr 1932 ist die Zinnausfuhr weiter zusammengeschrumpft: um 18,5 Prozent (mengenmäßig) gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Finanzlage Boliviens gestaltet sich katastrophal. Seit Ende 1929 ist es der Regierung nicht mehr gelungen, eine Anleihe auf den ausländischen Märkten zu erhalten. Die Wirtschaftskrise in Bolivien wird durch folgende Angaben gekennzeichnet: Gegenüber 1929 fiel die Einfuhr um 58 Prozent und die Ausfuhr um 57 Prozent. Damit liegt die Einfuhr auf dem Niveau des Jahres 1904 und die Ausfuhr auf dem des Jahres 1908. Die Goldreserven der bolivianischen Zentralbank, die fast vollständig in ausländischen Banken deponiert sind, nahmen seit Juli 1929 bis Ende Mai 1932 um 46,3 Prozent ab. 1909 belief sich das Defizit im bolivianischen Haushalt auf 8 Millionen Pesos. 1931 fiel das Staatseinkommen um 43,11 Prozent gegenüber 1929, während das Budgetdefizit auf 35,8 Millionen stieg. Die bolivianische Währung stand Ende Mai 1932 auf 16 nordamerikanischen Cents gegenüber 38,50 Cents vor der Krise. Infolge dieser bankrotten Lage war Bolivien gezwungen, die Zahlungen für seinen Zinsendienst einzustellen, ein Moratorium zu erklären, den freien Devisenhandel zu verbieten, alle Exporteure zu zwingen, 65 Prozent der von den Ausländern herkommenden Devisen an die Zentralbank abzuliefern sowie eine ganze Reihe anderer Einschränkungsmassnahmen durchzuführen. Eine andere Folge der Krise ist der Produktionsrückgang in den großen Unternehmungen, die Schließung von etwa hundert kleineren Bergwerken, die Einstellung aller öffentlichen Arbeiten, die Entlassung zahlreicher Angestellter, der Niedergang des Handels und für die Arbeiterklasse: Lohnabbau und Erwerbslosigkeit.

Die Tiefe und die Verschärfung der Krise haben alle inneren Gegensätze noch mehr hervortreten lassen und schon zu dem Staatsstreich vom Juni 1930, dem Sturz des Diktators Siles, zu Kämpfen innerhalb der Bourgeoisie und der jetzigen Regierung, zu Sol-

datenmeutereien (im September 1931 und im Mai 1932), zu Demonstrationen der Studenten und der verarmten kleinstädtischen Schichten, zu Streiks der Lehrer, der Post- und Telegraphenangestellten usw. geführt.

Die Arbeiterklasse ist noch schwach, und es fehlt ihr die Führung einer revolutionären Klassenpartei. In den Städten, mit Ausnahme der Bergbauzentren Oruro und Potosi, sind die Handwerker noch stark im Proletariat vertreten. Die Gewerkschaftsorganisationen sind hauptsächlich anarcho-syndikalistisch eingestellt und befinden sich unter dem unmittelbaren Einfluß des Kleinbürgertums.

Die bolivianische Regierung versucht der Unzufriedenheit der Massen entweder durch Ausnahme Gesetze oder durch Demagogie — Kampf gegen die Kirche, Annahme des Ehescheidungsgesetzes usw. — entgegenzuwirken. Der Ausweg aber, für den die Bevölkerung gewinnen will, heißt Krieg.

Durch eine großangelegte Propaganda versucht sie, den Krieg als Ausweg aus den durch die Eigentümlichkeiten der bolivianischen Wirtschaft bedingten permanenten Schwierigkeiten und Widersprüchen darzustellen. Der von ihr gewollte Krieg verfolgt drei Hauptziele: a) Schaffung eines „Zuganges zum Meere“ durch Verschiebung der Grenze bis zum schiffbaren Fluß Paraguay, und auf diese Art Herstellung von Handelsverbindungen mit Europa und Nordamerika; b) Industrielle Ausbeute der Petroleumfelder des Chaco; c) Sicherung der Unterstützung New Yorks — indem es im Auftrag der Standard Oil die Eroberung des Chaco durchführt — entweder in der Form neuer Anleihen oder in der Form von Vorschüssen auf die Ausbeute der Petroleumfelder. Diesen Kriegszielen kommt der nationalistische Geist zugute, der äußerst lebhaft und sehr verbreitet in den sehr aktiven kleinstädtischen Schichten ist. Zu einem aktiven Kampf gegen den Krieg fehlen dem bolivianischen Proletariat selbständige Organisationen, die mit den großen Massen der ausgebeuteten und unterdrückten Indianer verbunden wären, sowie die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse.

Paraguay

Paraguay, das etwas mehr als 800 000 Einwohner zählt, ist bedeutend kleiner als Bolivien. Der Verlust des Chaco würde für Paraguay eine sehr schwere Amputation bedeuten, selbst vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, angesichts der Entwicklung der Forstindustrie (von besonderem Werte ist das „Quebracho“, das einen vorzüglichen Gerbstoff abgibt. Aus diesen Waldungen führen zahlreiche von Forstgesellschaften erbaute Eisenbahnlinien zum Fluß Paraguay), die hauptsächlich in jenem Teil des Chaco vor sich gegangen ist, die den schiffbaren, in den Ozean mündenden Flüssen am nächsten gelegen sind. Die Wirtschaft Paraguays ist noch sehr wenig entwickelt. Die meisten Betriebe befinden sich in den Händen argentinischer (oder sogenannter argentinischer), englischer, französischer und nordamerikanischer Kapitalisten. Die gesamten industriellen Investitionen belaufen sich auf 70 Millionen Dollar. Der größte Teil dieser Kapitalien ist in landwirtschaftlichen Betrieben, in der Viehzucht und in „gerba mate“-Plantagen (der Tee der

Verstärkter Aufrüstungsrummel

Der deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser, dem 3 Millionen ehemaliger Soldaten angeschlossen sind, der Arbeitsausschuß deutscher Verbände und die Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverstärkung haben sich zu einem „Aufklärungsausschuß für nationale Sicherheit“ verbunden. Diese neue nationalistische Dachorganisation veranstaltete am 18. August einen großen Presseempfang. Der Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser, General a. D. von Horn, führte aus, daß sich der „Aufklärungsausschuß für nationale Sicherheit“ gebildet hätte mit der ausdrücklichen Absicht, das deutsche Recht auf Gleichberechtigung, Sicherheit und Ehre auf breiter Grundlage in allen Volksschichten geltend zu machen. Generalmajor a. D. v. Frankenberg und Proschütz, der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverstärkung, führte aus, daß keine Aussicht vorhanden sei, daß die Gleichberechtigung Deutschlands durch Abrüstung oder durch fühlbare Rüstungsminde rung bei den Vertragspartnern gewonnen wäre, so könne ein Ausgleich nur durch Verstärkung der deutschen Verteidigungsmittel geschaffen werden.

Es ist zu erwarten, daß mit dieser einflussreichen neuen Organisation die Propaganda wie auch das Wirken hinter den Kulissen für die deutsche Aufrüstung erheblich verstärkt werden wird. Um so wichtiger ist es, daß die Arbeiterschaft und insbesondere die gesamte Arbeiterpresse diesen Dingen die größte Aufmerksamkeit widmet und mit aller Rücksichtslosigkeit den Kampf gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus führt.

Arbeitsdienst in Uniform

Im Lande Anhalt hat der Arbeitsdienst unter dem „nationalen Ministerium“, das bekanntlich aus einem Nationalsozialisten und einem Deutschnationalen besteht, besondere Formen angenommen. Es werden dort, wie wir einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ entnehmen, 220 Personen beschäftigt, die man zu einer Stamm- und Lehrabteilung zusammen-

Südamerikans) angelegt 1912 betragen diese Investitionen schon 40 Millionen Dollar. Die englischen Investitionen — nicht eingerechnet die englischen Interessen in den sogenannten argentinischen Investitionen — werden auf 15 bis 20 Millionen Dollar geschätzt und sind in der „Zentralen Eisenbahngesellschaft Paraguays“ sowie in landwirtschaftlichen und Viehzuchtunternehmungen angelegt. Die französischen Investitionen (Banken und Viehzucht) belaufen sich allein auf 5 Millionen Dollar, und die amerikanischen (Viehzucht, landwirtschaftliche und Forstunternehmungen) betragen 1930 gemäß den Angaben des Handelsministeriums über 1,5 Millionen Dollar. Eine außergewöhnliche Tatsache (für einen südamerikanischen Staat) besteht jedoch darin, daß bis jetzt

nach keine einzige Anleihe von New York nach Paraguay

ging. Der Außenhandel Paraguays ist eng mit dem argentinischen verbunden. In Paraguay setzte die Wirtschaftskrise 1930 mit dem Sinken des argentinischen Peso infolge der Wirtschaftskrise in Argentinien ein (der argentinische Peso dient nämlich auch als Zahlungsmittel im Außenhandel Paraguays). Eine andere Ursache der Wirtschaftskrise in Paraguay war der Rückgang der Ausfuhr infolge der Erhöhung der Zollmauern in den Absatzländern. Infolge dieser Geschehnisse mußte auch Paraguay seine Einfuhr einschränken. 1931 fiel die Einfuhr aus den vier Hauptlieferantenländern durchschnittlich um 43 Prozent, die Einfuhr aus England ging um 50 Prozent, aus den Vereinigten Staaten um 42 Prozent, aus Argentinien um 41 Prozent und aus Deutschland um 39 Prozent zurück.

Infolge der Erhöhung der Einfuhrzölle um 10 bis 15 Prozent und der Vergrößerung der Steuerlast stiegen die Preise, während gleichzeitig die Gehälter der Angestellten um 10 bis 20 Prozent gesenkt wurden. Der allgemeine Geschäftsgang liegt vollkommen daneben. Diese schwierige Wirtschaftslage hat schon zahlreiche Protestdemonstrationen, hauptsächlich von Seiten des Kleinbürgertums, ausgelöst: Aufstandversuche in Concepcion, Studentebewegungen im Oktober 1931 in der Hauptstadt, die zum Verzicht des Präsidenten Guyzari auf seinen Posten führten, usw.

In den Reglerungskreisen und in den Schichten des Kleinbürgertums nimmt seit Jahren

der Kampf zwischen dem englischen und nordamerikanischen Imperialismus

seinen Fortgang. Der Präsident Guyzari sowie sein Nachfolger Ayala sind als Agenten des nordamerikanischen Imperialismus bekannt. Aber infolge des Drucks der englischen Interessen und des Kleinbürgertums (in dem die Intellektuellen, Studenten usw. eine bedeutende Rolle dadurch spielen, daß sie Einfluß auf die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter haben) muß auch die Liberale Partei, der Guyzari und Ayala angehören, als ersten Punkt ihres Programms die Forderung nach der Verteidigung des Chaco bis aufs Messer stellen, die als „höchste Pflicht der Regierung und der Völker“ dargestellt wird.

Die imperialistischen Gegensätze, aber auch die in den Unternehmen des Chaco schon vertretenen Interessen sowie der nationalistische Geist der Intellektuellen und kleinstädtischen Schichten drängen zum Krieg, den man in der bürgerlichen argentinischen Presse als „einen Krieg der nationalen Verteidigung“ gegen „einen Krieg der nationalen Verteidigung“ gegen „einen Krieg der nationalen Verteidigung“ hinstellt. Trotz alledem werden die ausgebeuteten werktätigen Massen, besonders der Forstunternehmungen, in denen der Sklaverei ähnliche Ausbeutungsformen herrschen, den wirklichen imperialistischen Charakter des Krieges zwischen Bolivien und Paraguay verstehen.

gestellt hat. Besondere Berücksichtigung fanden hierbei frühere Angehörige der Reichswehr, die nach ihre Uebergangsbefürhisse beziehen, und Studenten, die ihre Semesterferien in dieser Weise ausfüllen. Als Leiter des Arbeitsdienstes wurde Major a. D. Lancelle, natürlich Mitglied der NSDAP, aus München herbeigeht, er erhält neben seiner Offizierspension ein besonderes Gehalt und eine weitere Entschädigung „mit Rücksicht auf die Trennung von seiner Familie“. Daneben gibt es noch einen stellvertretenden Abteilungsleiter in Oberleutnantsrang und zwei weitere Führer. Für die Angehörigen des Arbeitsdienstes wurde eine eigene Uniform geschaffen, grau-grün, mit Lederkoppel, in militärischem Schnitt. Die Arbeitsdienstler ziehen in Uniform abteilungsweise unter Absingen nationalsozialistischer Lieder durch die Straßen Dessaus, und bei einer Wahlkundgebung der NSDAP marschierten sie in geschlossenem Zuge neben den Formationen der SA und SS auf dem Festplatz auf. Auf diese Weise wird wenigstens eindeutig klargestellt, in welche Front die Arbeitsdienstler gehören.

Arbeitsdienst in verstärkter Aktion

Berlin, 18. August. Vom Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst sind Verfahrensvorschriften erlassen worden. Als Träger des Dienstes werden solche Verbände als besonders geeignet bezeichnet, die „durch Gemeinschaftsideen, welche außerhalb des freiwilligen Arbeitsdienstes liegen, ihre Mitglieder zusammenfassen und die in der Lage sind, einen bestimmten Stamm von Arbeitsdienstwilligen zu stellen“. Es können grundsätzlich Arbeitsdienstwillige nur bis zu 25 Jahren zugelassen werden, mit Ausnahme der Führer.

Die Umschreibung der „Verbände“ ist einfach köstlich. Es ist die vom Reichskommissar Syrup beliebte mystisch-dunkle Art, faschistische Organisationen und Maßnahmen zu umschreiben. Als Meldestellen für den FAD, sollen nur die Arbeitsnachweise in Frage kommen.

Wir haben schon gezeigt, daß der FAD heute nur noch die Attrappe für den Zwangsarbeitsdienst ist.

Berufsbekleidung für Damen und Herren
 In jeder Ausführung, aus eigener Werkstatt. Seit 45 Jahren
 Nur anerkannt erstklassige Verarbeitung

Maurer-Blusen
Arbeits-Jacken
Schiffer-Stackateur-Koch-, Fleisch-, Friseur-, Konditor-
 sowie Kittel, Mäntel und Unterwäsche für alle Berufe

Leinenhaus Gotthard Völkel
 Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 51
 Filiale: Albrechtstraße Nr. 50
 2. Haus vom Ring

Genossen!
 Kauft nur im
„Fahrradhaus Sieg“
 Neumarkt 19 (Kinosalle)
 Sieg ist das leistungsfähigste Haus Breslaus
 Bonzen und Gewerkschafter 57 Sonderrabatt

Südpark-Konzert
 der **Schles. Philharmonie**
 heute Sonnabend 20 Uhr

Stammhaus der Brauerei C. Kipke
 Inh.: Leo Ulmer — Tel. 31362
 Friedrich-Wilhelm-Straße 6

Monistische Gemeinde - Breslau E. V.
 Ortsgruppe des Volksbundes für Geisteshelie
 Sonntag, den 21. August, vorm. Punkt 1 Uhr
 Vortrag im Saale Grünstr. 14/16
 Redner: Emil Machek
 Thema: „Der politische Gott“
 Eintritt für Mitglieder frei
 Erwerblos 10 Pfg.
Café und Restaurant ZEISEWEIS
 Reuschstraße 11/12
 Täglich 1a Gastherberge
 Musikalische Unterhaltung

Café und Konditorei LUX
 Scheitinger-Str. 25
 (Ecke Gellhornstr.)
 Angenehm, Aufenthalt / Radio-Konzert
 Täglich frische Backwaren

KABA
 das nichtstopfende, wohlsmekende Familien-Getränk
 Jetzt billiger:
 Das Paket 30 u. 60 Pfg.
 zu haben bei:

Hugo Rinner,
 Kolonialwaren, Spirituosen
 Edeka-Geschäft

Restaurant und Café „Eucullus“
 Böttcherstraße 24 — Ecke Reuschstraße
 Inhaber: Hermann Freund (früher Geschäftsführer der „Köler-Wahlstätte“)
 Böhmische Straße, Ecke Dorotheengasse

KAFFEE HAT SCHON! Hag, der Qualitäts-Kaffee, KAFFEE HAT SCHON!
 unerreicht in Aroma und Güte!

Konditorei. Café Lohmstr. 75
 Inh.: Willi Pirnke
 Angenehmer Aufenthalt! Tägl. m. Backwaren
 Radiokonzert

WOHIN AM SONNTAG?

Waldschlösschen-Zimpel
 Inh. E. Vollberg — Friedrich-Ebert-Straße 19
 (gegenüber dem wundervollen Rosengarten)
 Straßenbahn 9 und 18 Telefon 41087

Bellebtes Familienlokal
Jeden Sonntag Tanz
 Saie und schöner Garten für Vereinsfestlichkeiten

„Gesellschaftshaus Gräbschen“, früher Hopf & Goerke
 Inh. Fritz Schwinitzky
Sonntag TANZ
 Postkarte Kipke Bier Vorzügl. Spielen. Vereinen best. empfahen

Gasthaus zum Rothkretschem
 Inh. Walter Thiel
 Ofener Straße 127
 Bellebtes Familienlokal mit Garten

In den „Jägerhof“
 Gräbschener Straße 181/183
 Ausschank der guten Engelhardtbiere

Fleischerei und Wurstfabrik Hermann Kipke
 Frankfurter Straße Nr. 174
Gaststätte
 Angenehmer Familienaufenthalt

„Bürgergarten“ Oswitz
 im Saale Jeden Sonntag Tanz
 im Garten Freikonzert und Freitanz
 Eigene Fleischerei und Wurstfabrik

Das Geld der Sparkasse

ist das Blut der Wirtschaft!
 Eure Spargelder arbeiten für Euch, für Eure Existenz! Drum spart weiter bei der

Städtischen Sparkasse zu Breslau

Hast Du schon die neue Broschüre
„Prolet greif zu!“

Wenn nicht, so besorge sie Dir im Parteisekretariat.
Preis 15 Pfg.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

BERLIN

Lebensfreude durch die Kunst

Volksbühne E. V.

Jedes Mitglied erhält jährlich

10-11 Vorstellungen im Th. am Bülowplatz | **1-2 Vorstellungen in der Staatsoper**

Nachmittagsabteilungen mit 6 Vorstellungen im Th. am Bülowplatz (Sonntag nachm.) und 1 Oper
 Auf Wunsch stets auch 2 Vorstellungen im Schiller-Theater Charlottenburg

Vorstellungsbesuch auf allen Plätzen 1.50 Mark

Nachmittags-Vorstellungen 1.10 Mk. :: Opern-Vorstellungen 2.50 Mk.
 Keine Vorauszahlungen. Auslosung der Plätze vor jeder Vorstellung
 Zahlreiche Sonderveranstaltungen (Musik, Tanz, Kabarett)

Ohne Mitgliedschaft in der Volksbühne E. V. fern

Abonnements
 für 10 Vorstellungen des Theaters am Bülowplatz. Feste Plätze nach eigener Wahl. Vorparkett: 5,- 4.50 u. 4,- Mk. (Kasse: 8,-, 7,- u. 6,- Mk.); Parkett: 3.50, 2.70, 2,- u. 1.80 Mk. (Kasse: 5,-, 4,-, 3,- u. 2.50 Mk.); 1. Ring: 4,-, 3.50, 2.70 u. 2,- Mk. (Kasse: 6,-, 5,-, 4,- u. 3,- Mk.); 2. Ring: 1.80 Mk. (Kasse: 2.50 Mk.); Vorauszahlung der beiden letzten Vorstellungen. Bei sofortiger Bezahlung sämtlicher 10 Vorstellungen 5% Rabatt.

Aus dem Spielplan:

THEATER AM BÜLOWPLATZ
 Gogol: Der Revisor / Hauptmann: Die Ratten / Pagnol: Fanny / Hay: Das neue Paradies / Zuckmayer: Schinderhannes / Raimund: Alpenkönig und Menschenfeind / Shakespears: Maß für Maß / Castonier: Die Sardinenscher / Joachimson u. Schiffer (Musik von Spoliansky): Das Haus dazwischen / Ebermayer und Mann: Prof. Unrat. — Künstl. Leitung: Heinz Hilpert

In Hauptrollen: Hans Albers / Curt Bois / Eugen Klöpfer / Otto Wernicke / Jacob Tiedtke / Ernst Karchow / Erhard Siedel / J. Almas / Paul Verhoeven / Artur Mainzer / Ernst Gronau / Käthe Dorsch / Camilla Spira / Brig. Horney / Käthe Haack / Maria Fein / Lotte Stein / Genia Kurz usw.

STAATSOOPER
 Wagner: Der fliegende Holländer / Mozart: Così fan tutte / Verdi: Rigoletto / Der Maskenball / Fallstaff / Die Sizilianische Vesper / Schillings: Mona Lisa / Mascagni: Cavalleria rusticana / Leoncavallo: Bajazet / Joh. Strauß: Eine Nacht in Venedig / Wiener Blut usw.

SCHILLER-THEATER
 Hauptmann: Die versunkene Glocke / Wellenkamp: Theres geht vorüber / Wallace und Roth: Platz oder Sieg / Stolz: Wenn die kleinen Veilchen blühen / Shakespeare: Der Widerspenstigen Zähmung / Corrinth: Hallo! nur Mut / Ein Berliner Volksstück mit Musik u. a. m.

Prospekte und Anmeldungen
 in 200 Zahlstellen, u. a. bei sämtlichen Theaterkassen der Firma Tietz, im K. d. W., in der Volksbühnen-Epochenausg. Köpenicker Straße 58, sowie in der Hauptgeschäftsstelle, C 25, Linienstr. 227 (Th. a. Bülowplatz), D 1, Norden 2944
 Abonnementsbestellungen ausschließlich im Abonnementsbüro, C 25, Ullrichstraße 227, D 1, Norden 2944.

Rose-Theater
 Große Frankfurter Str. 152
 Telefon: 27 Wokel 3477
 Sonntag, d. 21. August
 8.00 und 9.00 Uhr
 Montag, d. 22. August
 8.00 Uhr

Herzdame
 Gartenbühne
 Sonntag, 21. August
 5.00 Uhr
 Konzert und Varieté
 8.15 Uhr

Frühlingstakt
 Montag, 22. August
 5.30 Uhr
 Konzert und Varieté
 8.15 Uhr
 Frühlingstakt

Pharus-Säle
 Müllerstraße

Freitag bis Montag
 Der Riesenerfolg Jen Kipura
 in
„Das Lied einer Nacht“
 Großfilm mit Fritz Schulz, Magda Schneider, Otto Wallburg, Ida Wüst und Julius Falkenstein.
 Dazu das gute Beiprogramm und die neueste Fox-Tönende Wochenschau
 Jugendliche haben Zutritt.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Beachtet unsere Inserate

BEZ. SACHSEN

Geschäftseröffnung

Wir geben hiermit der geehrten Einwohnerschaft bekannt, daß wir am Sonnabend, d. 20. dieses Mnts. ein Lebensmittelgeschäft eröffnen. Wir sind bestrebt, unsere werte Kundschaft gut und preiswert zu bedienen.

Um gütige Unterstützung unseres jungen Unternehmens bittend, zeichnen

Curt Meichsner und Frau
 Karl-Marx-Straße 56

Kauft bei
Schuh-Oestreich
 das billige Schuhhaus Dresdens

Verkaufsstellen:
 Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
 Frauenstraße, Ecke Schössergasse
 Königsbrückerstraße, am Albertplatz
 Oschatzerstraße 13
 Poststraße, neben Li-Mu

Mitarbeiterin der SAZ sucht Oktober, spätestens Ende Dezember

in Dresden, bzw. Chemnitz-Sa.
 2-Zimmer-Freiwohnung gegen Stellung von Mobilar für Wohn-Schlafzimm. u. Kücheinrichtung

Günstige Gelegenheit zur gemeinsamen Haushaltsführung für Intellekten Geistes

oder Teaschwahnung an kinderlosen Beamten in Plauen-Vogtland

Stadtmitte, 3 Zimmer, Küche und reichl. Zubehör, Friedensmiete 580.— RM. Erwünscht ist Wohnung mit Bad, elektr. Licht, Zentralanlage. Eingebe unter „Schriftstellerin, SAZ“, an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Großes Lampionfest im Volkshaus
 am Sonntag, den 21. August
 ab 4 Uhr: **Gartenfreikonzert**
 ab 6 Uhr: **Lampionball**

Volle Kapelle unter persönl. Leitung von **Max Schreckenbach**
 Jeder Besucher erhält einen Lampion

Klingenthal i. Vgtl.

Schusters Restaurant
 5 Minuten vom Bahnhof
 Pächter Otto Meinel

Schön gelegen. Herrliche Wald-umgebung. — Gesunde Zimmer. Musikalische Unterhaltung. Gut-gepflegte Biere. Preiswerte Küche.

Werbi für die SAZ

Stärkt den Pressefond!